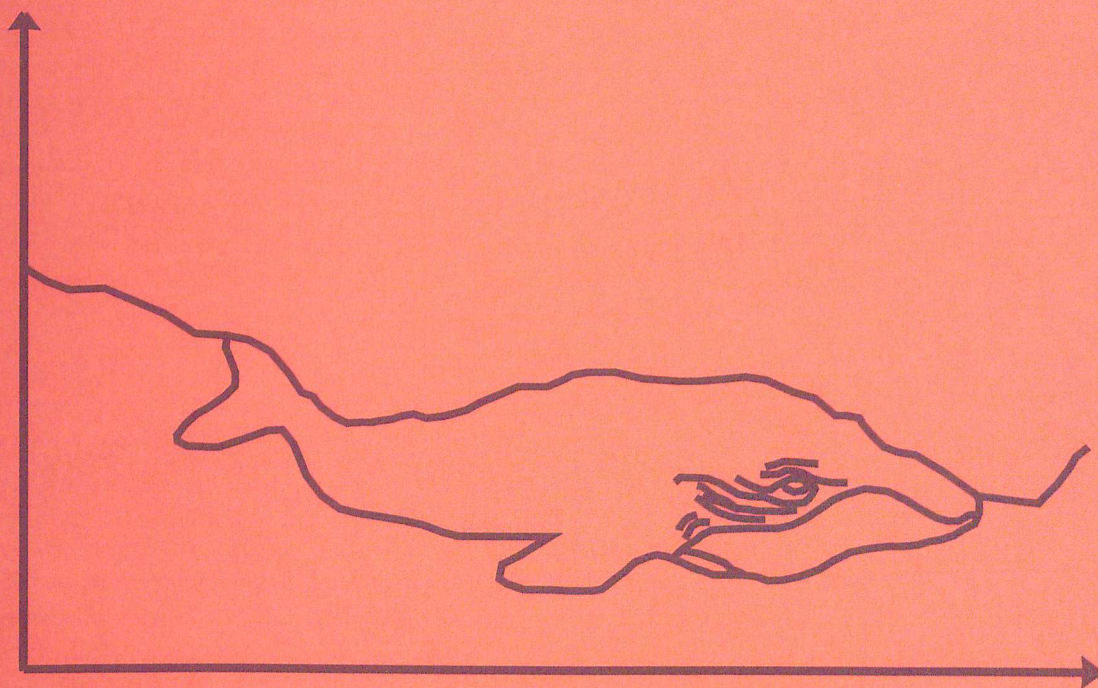


DER ROTE BÖRSENKRACH

Walfunktion



$$\underset{\text{Wasser}}{\operatorname{argmax}} \text{ } \text{Fisch} (x) = \text{Fisch}$$

Inhalt

Editorial und Impressum	2
Are You Happy, Planet?	3
Die Natur in der Ökonomie	7
Kurzinfo: ÖH-Wahl	9
Selbstverständnis zur Wahl	10
Ein Gleichgewichtskonzept auf der Suche nach einer Interpretation	12
18 Kampfflugzeuge – geschützt von einer Zwangsjacke	15
„Völlig gaga“!	18
Die Fraktionen stellen sich vor	23
Ökonomisch Kochen	26

Liebe Menschen,

Erinnert Ihr Euch noch an das Wintersemester 2006? Damals gab es einen RBK. Nun erscheint wieder einer, gleich dem Phönix, der aus der Asche stieg. Nur ohne Asche und ohne Vogel, aber wir schweifen ab.

Wie alle zwei Jahre stehen dieses Semester wieder die ÖH-Wahlen vor der Tür, diesmal sogar sehr knapp. Auch die älteste, noch bestehende, Basisgruppe an der Uni Wien kann sich dem Zwang des repräsentativen Wahlsystems nicht erwehren und so nimmt die ÖH-Wahl einen prominenten Platz in diesem RBK ein. Wir haben ein Selbstverständnis formuliert und die linken, sich zur Wahl der Universitätsvertretung stellenden, Fraktionen nach ihrem befragt.

Aber auch die übliche Auseinandersetzung mit Lehre, Wirtschaft und Gesellschaft darf nicht fehlen. So gibt es Artikel zur Wohlfahrtsmessung, Spieltheorie und der Rolle der Umwelt in der Ökonomie. Wer sich entfernt an den Themenkomplex Peter Westenthalers und Gipfel-Halbmonde erinnert, kann sich ein Interview mit dem Verfasser des berüchtigten Halbmondbriefes zu Gemüte führen. Zu heftigen internen Diskussionen hat ein Plädoyer zum Verzicht auf Eurofighter und Neutralität geführt. Auch dieses Thema wollen wir Euch natürlich nicht vorenthalten.

Euer RBK-Redaktionsteam

P.S.: Bei der letzten Ausgabe haben wir leider vergessen Oliver Picek als Autor zu erwähnen. Dies sei hiermit geschehen.

P.P.S.: Unser Anliegen, das BWZ dem Erdboden gleichzumachen, hat auch von einem, hier nicht genannten, Professor Zuspruch bekommen.

Impressum:

Der Rote Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:
Rabethge, Björn c./o. Studienvertretung Volkswirtschaft,
Dr. Karl Lueger Ring 1; 1010 Wien.
Eigenvervielfältigung

AutorInnen:

Michael Greinecker, Florian Kaulich, Catherine Keppel, Julian Kolm, Wendelin Moritz, Nora Steurer

Are You Happy, Planet?

Vanuatu ist das glücklichste Land der Welt- der kleine Inselstaat im Nordpazifik habe die größte Lebenszufriedenheit, so ging es neulich durch die Presse. Das sei aus dem so genannten Happiness- Index hervorgegangen, der Länder nach Niveau der Lebenszufriedenheit ihrer Bewohner bewertet, nicht nach dem altbekannten Index des Wirtschaftswachstums. Woraus genau aber besteht dieser Index? Wie misst man „Lebenszufriedenheit“? Wie verlässlich ist er darin, die Lebenssituation zum Beispiel von KolumbianerInnen oder CostaricanerInnen darzustellen, beides Länder, die es beim Happiness-Index ganz nach oben geschafft haben? Warum findet sich bei diesem Index von insgesamt 178 getesteten Ländern kein westliches Land unter den Top 20? Sie sind zumeist nur in der zweiten Hälfte zu finden, so zum Beispiel die USA, auf Platz 150, aber auch Dänemark (Rang 99) und das Vereinigte Königreich (Rang 108). Sind wir wirklich so unzufrieden mit unserem Leben? Wie kann es sein, dass Österreich zwar Rang 61 belegt, aber hinter Usbekistan und Ecuador zu finden ist?

Was wird gemessen?

Es ist wichtig, zu erkennen, dass dieser Index korrekter Weise nicht „Happiness-“ sondern „Happy Planet Index“ heißt. Das bedeutet, es geht hier nicht allein um die rein subjektive Lebenszufriedenheit von Menschen. Stattdessen soll hier dargestellt werden, wie effizient ein Land ist, was seine Ressourcen angeht. Wie gut schafft es ein Land, seinen Bürgern einen adäquaten Lebensstandard – Lebenszufriedenheit – zu bieten und gleichzeitig nicht mehr Ressourcen zu verbrauchen, als zur Verfügung stehen; also den Planeten Erde nicht zu überbeanspruchen, nicht „unglücklich“ zu machen. Daher besteht der so genannte „Happy- Planet Index“ auch aus drei Komponenten, und die subjektive Lebenszufriedenheit stellt nur eine unter diesen dar. Die anderen

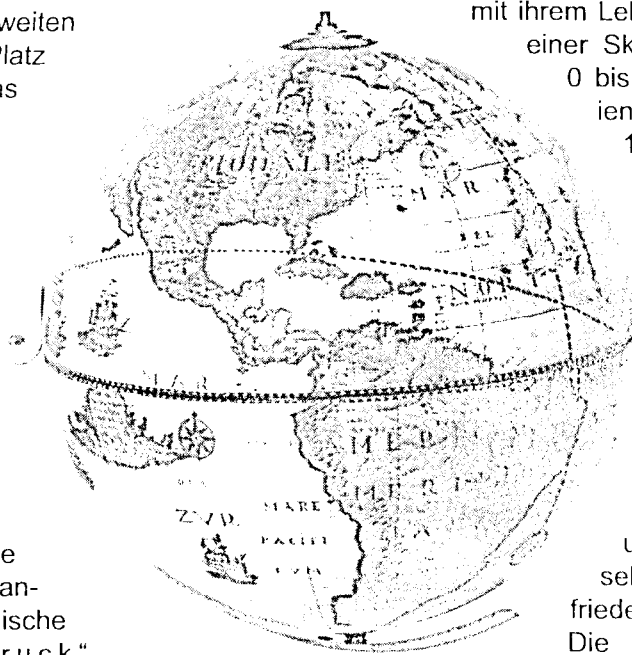
beiden bilden Lebenserwartung bei Geburt, sowie der so genannte „ökologische Fußabdruck“. Daraus ergibt sich die folgende Formel:

$$\frac{(\text{Lebenszufriedenheit} \times \text{Lebenserwartung})}{\text{Ökologischer Fußabdruck}}$$

Aus der subjektiven Lebenszufriedenheit mal der Lebenserwartung bei Geburt ergeben sich die „Happy Life Years“, oder HLY. Lebenserwartung bei der Geburt spielt darum eine Rolle, da dies ein wichtiger Indikator zum Beispiel

für die Qualität der Gesundheitsversorgung im Land ist, ebenso wie für Zugang zu Ressourcen wie sauberes Trinkwasser, was beides wiederum entscheidend für den Lebensstandard der Bevölkerung ist.

Die Lebenszufriedenheit ist im Gegensatz zu den zwei objektiven Indikatoren rein subjektiv und sie ist der meisten Kritik ausgesetzt. Bei der Ermittlung der Lebenszufriedenheit werden in der Regel Stichproben von 1000 bis 3000 Personen gemacht, wobei in verschiedenen Vierteln und Schichten ermittelt wird. Menschen werden hier befragt, wie zufrieden sie mit ihrem Leben, auf einer Skala von 0 bis 10, seien (wobei 10 sehr z u -



frieden und 0 sehr unzufrieden ist). Die Ergebnisse korrelieren zwar mit messbaren Umständen wie politischer Freiheit und

Ausbildungsmöglichkeiten, und bis zu einem gewissen Maße korrelieren sie sogar mit dem Ergebnis für Lebenserwartung. So findet sich unter den Ländern, deren Daten ermittelt wurden, kein Land, in dem die Lebenszufriedenheit im Durchschnitt über 7 liegt, die Leb-

enserwartung aber unter 60 Jahre ist.

Dennoch spiegeln die Lebenszufriedenheit diese Ergebnisse nicht komplett wieder, da glücklich sein doch immer subjektiv bleibt. Die Erfahrung der Lebensqualität, das Gefühl, diese erleben und ausschöpfen zu können, ist ebenso wichtig, wie die eigentlichen Lebensumstände, welche diese ausmachen.

Der ökologische Fußabdruck

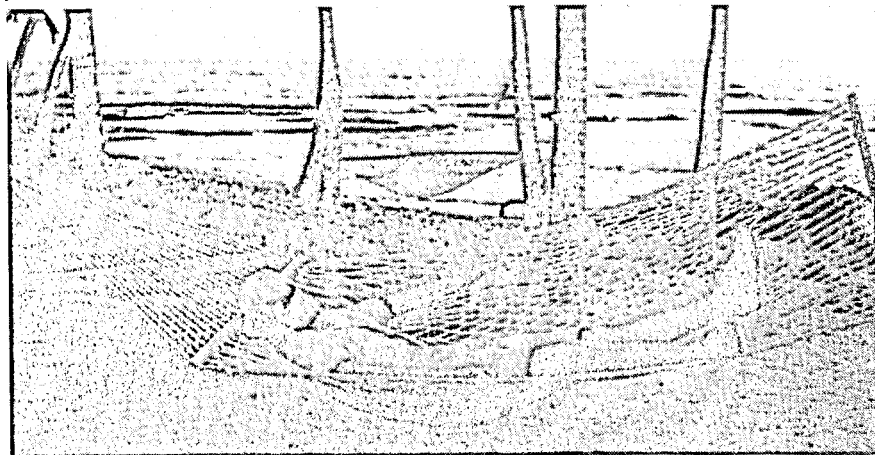
Der ökologische Fußabdruck misst unseren Verbrauch an Biomasse, inklusive CO₂ Ausstoß. Die Kapazität an Biomasse, die uns die Erde zur Verfügung stellt, liegt, in Fläche ausgedrückt, bei 1,8 ha pro Person, wenn für nicht-menschliches Leben kein Platz gelas-



sen wird. Das heißt: Bei einem Verbrauch von 1,8 ha pro Person pro Jahr kann die Erde das Verbrauchte innerhalb desselben Zeitraumes wieder erneuern. Bei einem Verbrauch von 1,8 ha pro Person reicht also ein Planet zum

Leben gerade aus. Indikatoren des ökologischen Fußabdruckes sind zum Beispiel der Müllverbrauch, der jährliche CO₂ Ausstoß durch Autofahren und Fliegen, die Essgewohnheiten, allgemeiner Konsum. Importe werden dem Fußabdruck des importierenden Landes angerechnet, also der Gegend, wo der Konsum des Produktes stattfindet.

Man kann den ökologischen Fußabdruck eines einzelnen Menschen, einer Stadt, eines Landes oder auch der gesamten Menschheit messen. Letzterer beträgt aktuell 2,2 ha durchschnittlich, also pro Person auf der Welt; das heißt



es wird ca. 1/4 mehr verbraucht als die Erde maximal reproduzieren kann. Wir verbrauchen mehr als nur unsere Zinsen. Reiche „Industrienationen“ haben allerdings, was nicht überraschen dürfte, einen wesentlich höheren ökologischen Fußabdruck als weniger „entwickelte“ Nationen, wie beispielsweise Eritrea mit 0,7 ha. Deutschland weist einen Fußabdruck von 4,8 auf, Österreich von 4,6. Das heißt, würde alle Menschen den Lebensstil der Österreicher adoptieren, bräuchten wir ca. 2 2/3 Planeten. Unrühmliche Spitzenreiter sind die USA, Kuwait und Katar (jeweils 9,5 ha), sowie die Vereinigten Arabischen Emirate (9,9 ha). Hierdurch erklärt sich auch, warum westliche Länder beim HPI auf den hinteren Rängen zu finden sind,

obgleich gesagt werden muss, dass Lebenszufriedenheit und Lebenserwartung bei den meisten gut bis sehr gut sind (über 7 bzw. über 75 Jahren). Schließlich teilt man letztere Werte durch die hier relativ hohe Zahl, welche den ökologischen Fußabdruck repräsentiert.

Warum Lebenszufriedenheit, und nicht Wachstum?

Nun könnte argumentiert werden, dass Ressourcen nicht allein für

ein langes und glückliches Leben verbraucht werden, sondern um Schiffe und Autos zu bauen, Häuser und Klimaanlage zu errichten, Handel zu treiben, zu reisen, etc., etc....

Das ist zwar der Fall, jedoch stellt sich die Frage, warum wir das tun. Letztendlich geht es bei Wirtschaftswachstum, Handelsvolumen und Komforterrhöhung um unser Wohlergehen, um unseren Lebensstandard, oder auch, um es ganz banal auszudrücken: um unser Glücklich-Sein.

Aus diesem Grunde wird in den meisten Ländern auch soviel Wert auf Wirtschaftswachstum gelegt: weil ein Zusammenhang zwischen dem Lebensstandard und den Wachstumsraten des BIPs ver-

mutet wird. Wachstum also als Mittel zum Zweck der größeren Lebenszufriedenheit. Aber ist dies wirklich so? Tatsächlich kann in Ländern wie den USA, Japan und Deutschland festgestellt werden, dass die Wachstumsraten seit den 70er Jahren im Durchschnitt ständig zunehmen, das Niveau der Lebenszufriedenheit aber konstant bleibt. Es geht also bei unserer Zufriedenheit mit unserem Leben noch um andere Dinge als darum, sich noch bequemer einrichten zu können, sich mehr zu leisten und wiederum ganz banal, mehr Geld zur Verfügung zu haben. Natürlich ist all dies nicht unwichtig. Schließlich ist bis zu einem gewissen Niveau ja auch ein Zusammenhang feststellbar. Aber es geht offenbar um mehr. Indikatoren für die Lebenszufriedenheit sind – erweitert man den Fragebogen und betrachtet man die entsprechenden Länder, die hier erfolgreich sind – die soziale Einbindung in das eigene Umfeld ebenso wie die Möglichkeiten der Selbstverwirklichung und die Freiheit zu entscheiden, wie man sein Leben leben möchte (siehe dazu auch die Theorien Amartya Sens). Sollten wir (die Menschheit als Ganzes) also weiterhin uns auf das Wachstum unserer Wirtschaft konzentrieren, zum Preis von einem (oftmals) nicht mehr tragbaren Ressourcenverbrauch und einem Niveau an Lebenszufriedenheit das hierdurch nicht ansteigt, obwohl dies doch der Zweck von Wachstum ist? Ist es nicht an der Zeit, uns selbst, oder die Länder in welchen wir leben, nach anderen Maßstäben zu messen?

Der HPI ist kein idealer Maßstab

Wirtschaftswachstum als Maß alleine ist sicherlich problematisch.

Aber auch der HPI (nicht zu verwechseln mit dem anderen HPI, dem Human Poverty Index) ist kein idealer Maßstab.

So ist nicht gesagt, dass bei einem Fehlen von Wachstum oder gar

einem Rückgang von einem solchen nicht doch ein Zusammenhang mit der Lebenszufriedenheit gegeben ist, dann nämlich, wenn zum Beispiel nicht genug neue Arbeitsplätze entstehen, an welchen

Countries in HPI rank order		Life Sat	Life Exp	EF	HPI
Reasonable ideal		8.0	80.0	1.5	88.5
1.	Vanuatu	7.4	68.6	1.1	68.2
2.	Colombia	7.2	72.4	1.3	67.2
3.	Costa Rica	7.5	78.2	2.1	66.0
4.	Dominica	7.3	75.6	1.8	64.5
5.	Panama	7.2	74.8	1.8	63.5
6.	Cuba	6.3	77.3	1.4	61.9
7.	Honduras	7.2	67.8	1.4	61.8
8.	Guatemala	7.0	67.3	1.2	61.7
9.	El Salvador	6.6	70.9	1.2	61.7
10.	St. Vincent and the Grenadines	7.2	71.1	1.7	61.4
11.	St. Lucia	7.0	72.4	1.6	61.3
12.	Vietnam	6.1	70.5	0.8	61.2
13.	Bhutan	7.6	62.9	1.3	61.1
14.	Samoa (Western)	6.9	70.2	1.4	61.0
15.	Sri Lanka	6.1	74.0	1.1	60.3
16.	Antigua and Barbuda	7.4	73.9	2.3	59.2
17.	Philippines	6.4	70.4	1.2	59.2
18.	Nicaragua	6.3	69.7	1.1	59.1
19.	Kyrgyzstan	6.6	66.8	1.1	59.1
20.	Solomon Islands	6.9	62.3	1.0	58.9
21.	Tunisia	6.4	73.3	1.4	58.9
22.	São Tomé and Príncipe	6.7	63.0	1.0	57.9
23.	Indonesia	6.6	66.8	1.2	57.9
24.	Tonga	6.6	72.2	1.6	57.9
25.	Tajikistan	6.1	63.6	0.6	57.7
26.	Venezuela	7.4	72.9	2.4	57.5
27.	Dominican Republic	7.0	67.2	1.6	57.1
28.	Guyana	7.2	63.1	1.5	56.6
29.	St. Kitts and Nevis	7.4	70.0	2.3	56.1
30.	Seychelles	7.4	72.7	2.6	56.1
31.	China	6.3	71.6	1.5	56.0
32.	Thailand	6.5	70.0	1.6	55.4
33.	Peru	5.6	70.0	0.9	55.1
34.	Suriname	7.3	69.1	2.3	55.0
35.	Yemen	6.2	60.6	0.7	55.0
36.	Fiji	6.7	67.8	1.7	54.5
37.	Morocco	5.6	69.7	0.9	54.4
38.	Mexico	6.9	75.1	2.5	54.4
39.	Maldives	6.6	66.6	1.6	53.5
40.	Malta	7.5	78.4	3.5	53.3
41.	Bangladesh	5.7	62.8	0.6	53.2
42.	Comoros	5.9	63.2	0.8	52.9
43.	Barbados	7.3	75.0	3.1	52.7
44.	Malaysia	7.4	73.2	3.0	52.7
45.	Palestine	5.4	72.5	1.1	52.6
46.	Cape Verde	5.8	70.4	1.3	52.4
47.	Argentina	6.8	74.5	2.6	52.2
48.	Timor-Leste	6.6	55.5	0.8	52.0
49.	Belize	6.9	71.9	2.6	52.0
50.	Trinidad and Tobago	6.9	69.9	2.3	51.9

ja auch Indikatoren wie die Möglichkeit der Selbstverwirklichung hängen. Wachstum sollte also nicht grundsätzlich vernachlässigt werden.

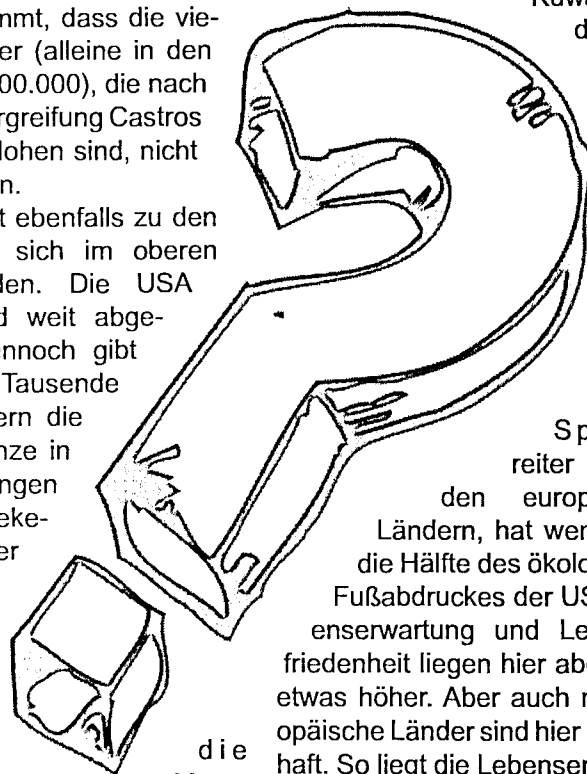
Außerdem können Problemfelder einzelner Länder durch den HPI möglicherweise verschleiert werden. So liegt Kuba auf Rang 6 des HPI. Dies liegt vor allem daran, dass die Lebenserwartung in Kuba mit 77,3 Jahren derjenigen in westlichen Ländern gleicht, während der Ressourcenverbrauch sich – sicherlich auch aufgrund von Handelsembargos – bei 1,4 ha eingependelt hat. Die Lebenszufriedenheit gehört mit 6,3 aber zu den niedrigsten in Lateinamerika. Und dazu kommt, dass die vielen Exilkubaner (alleine in den USA um die 800.000), die nach der Machtübergreifung Castros aus Cuba geflohen sind, nicht befragt wurden.

Mexiko gehört ebenfalls zu den Ländern, die sich im oberen Drittel befinden. Die USA dagegen sind weit abgeschlagen. Dennoch gibt es jedes Jahr Tausende von Mexikanern, die über die Grenze in die USA gelangen wollen. Umgekehrt ist dies eher selten der Fall (ausgenommen auf Urlaub). Sicherlich würden die meisten Menschen – inklusive der jeweiligen Inländer – zustimmen, dass es in Kuba, Mexiko oder Kolumbien gewaltige Probleme gibt, und sie in vielerlei Hinsicht kein Ideal darstellen, an dem sich andere Länder ein Beispiel nehmen sollten. Der HPI erfasst also nicht alle Aspekte der Situation eines Landes. Allerdings stellt er auch nicht den Anspruch, dies zu tun.

Effizienz als wichtiges Kriterium

Wichtig zu sehen ist, dass dieser Index die Effizienz von Ländern, mit den vorhandenen Ressourcen ein möglichst angenehmes Leben zu ermöglichen, misst. Oftmals ausgeblendet werden dabei jedoch Probleme wie zum Beispiel Korruption, aber auch politische Umstände (wobei diese in Extremfällen wie Bürgerkriegen selbstverständlich sehr wohl zu Buche schlagen). So lässt sich zum Beispiel durchaus erkennen, dass viele europäische Länder dabei erfolgreicher sind als beispielsweise

Kuwait oder die USA. Malta,



Spitzenreiter unter den europäischen Ländern, hat weniger als die Hälfte des ökologischen Fußabdruckes der USA, Lebenserwartung und Lebenszufriedenheit liegen hier aber sogar etwas höher. Aber auch nichteuropäische Länder sind hier beispielhaft. So liegt die Lebenserwartung in Costa Rica bei 78,2 Jahren, die Lebenszufriedenheit bei 7,5 und der ökologische Fußabdruck bei 2,1 ha. Hier stellt sich durchaus die Frage inwieweit die Welt nicht eher solche Länder beispielhaft nennen sollte statt der G8 Wirtschaftsmächte.

Peru und Sierra Leone haben beide einen ökologischen Fußabdruck von 0,9. Peru aber liegt auf

Rang 33 des HPI, Sierra Leone dagegen belegt Rang 153.

Es kommt hier sehr auf die nachhaltige, sinnvolle Nutzung von Ressourcen an. Es ist langfristig unmöglich, die Lebenszufriedenheit von Bürgern zum Preis von 2 oder 3 Planeten zu erkaufen. Das ist Glücklichein auf Pump. Auf Kosten kommender Generationen. Ebenso wenig ist es aber wünschenswert, den Lebensstandard der Bevölkerung zu vernachlässigen. Es geht hier um einen nicht einfachen Balanceakt. Um ein Knappheitsproblem: Das was (begrenzt) vorhanden ist, möglichst sinnvoll zum Wohle möglichst vieler Menschen einzusetzen.

Es sollte nicht vergessen werden, dass diese Effizienz in Zeiten von globaler Erwärmung entscheidend sein kann und sein muss. Es ist daher, bei aller Kritik am HPI nicht nur aus philosophischen Gründen (Was ist Glücklichein? Wozu Wachstum?) wichtig, bei der Evaluierung von Ländern andere Maßstäbe als nur denjenigen des Wirtschaftswachstums zu haben. Auch Alternativen wie der HDI (Human Development Index, bestehend aus Lebenserwartung, Alphabetisierungsrate und der Kaufkraft pro Kopf) sind hier nicht ausreichend.

Die Frage ist nicht nur, wozu Wachstum, sondern auch wie Wachstum und wie Glücklichein. Und wie lange.

Quellenangabe:

<http://www.neweconomics.org/gen/uploads/dl44k145g5scuy453044gqbu11072006194758.pdf>

Link zur New Economics Foundation, auf welche der Happy Planet Index zurückzuführen ist:

<http://www.neweconomics.org/gen/>

Die Natur in der Ökonomie

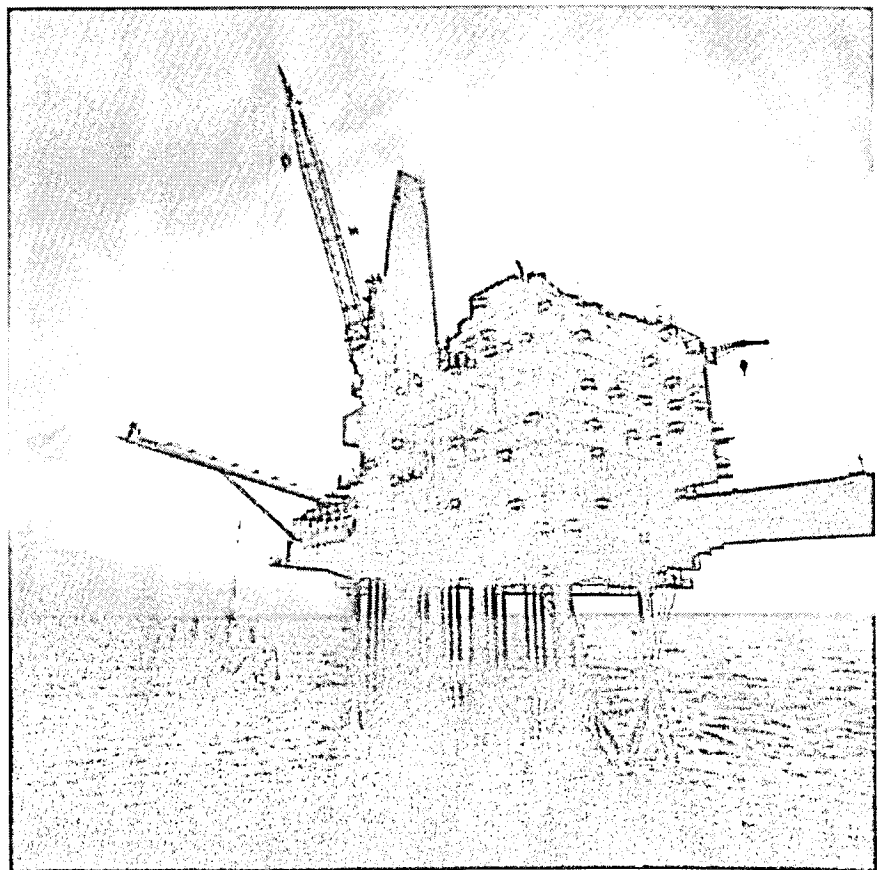
Die zeitgenössische Ökonomie stellt sich als Wissenschaft menschlicher Entscheidungen und Handlungen dar. Die Interaktionen von Individuen werden in einer Vielzahl an Kontexten aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet.

Die materielle Welt stellt sich in der Ökonomie in einer zweifachen Rolle dar. Einerseits als begehrte Objekte, auf die sich die Bestrebungen der Akteure richten. Andererseits als Beschränkung und Ursache von Knappheit. Diese Bestimmungen treten innerhalb der Modelle als eine Art Kulisse in Erscheinung, vor deren Hintergrund sich dann das Theater der menschlichen Handlungen abspielt. Erst diese Einschränkung der Handlungen konstituiert diese als ökonomische.

Diese Betrachtungsweise der Einbettung von Handlung in die materielle Welt, wie sie z.B. in der Form von Budgetbeschränkungen formuliert wird, ist eine radikale Abstraktion der Komplexität ihrer Erscheinungsformen. Sie bedarf der ergänzenden Einsicht, dass die materielle Welt innerhalb derer sich wirtschaftliches Handeln vollzieht, Gegenstand und Produkt permanenter Transformation ist. Diese findet in zwei wesentlichen Prozessen statt: Der Geschichte menschlicher Handlungen und der Natur. Beide bilden die Voraussetzungen der materiellen Realität.

Materielle Erscheinungen der menschlichen Geschichte treten uns bei nahezu allen Modellen in prominentester Form entgegen: Die Produktion von Gütern, die Ak-

kumulation von Kapital, etc. spielen in nahezu allen Modellen eine zentrale Rolle. Diese Ergebnisse des Prozesses ökonomischer Aktivitäten sind zugleich seine Voraussetzungen, Mittel und Aktivitäten. Die Untersuchung dieser



Zusammenhänge und Dynamiken wird als zentrale Frage der Wissenschaft behandelt.

Die Natur fristet dem gegenüber ein Schattendasein. In der klassischen Ökonomie tritt sie üblicherweise ausschließlich in der Form von Grund und Boden in Erscheinung. Die moderne Ökonomie räumt ihr in ihren Modellen häufig überhaupt keinen (expliziten) Platz ein. Bestenfalls findet sie sich in einer beschränkten

Ressource, die als Produktionsfaktor dient, wieder.

Diese Sichtweise begreift die Natur als gegebene Voraussetzung für die Ökonomie. Die ökonomische Wissenschaft behandelt diese Voraussetzungen nicht als einen eigentlichen Teil ihrer Untersuchungen. Die Natur wird als ein Zustand betrachtet, der zwar Einfluss auf den Gegenstand der Analyse, das ökonomische Han-

deln, hat, aber selbst nicht Gegenstand der Fragestellung ist. Diese Sichtweise ignoriert einen aus originär ökonomischer Perspektive zentralen Aspekt: Die Integration ökologischer Systeme und ihrer Prozesse in die Prozesse der Ökonomie und die damit einhergehende Interaktion und gegenseitige Transformation.

Der gegenwärtige Zustand der Natur ist vom menschlichen Handeln mindestens ebenso sehr

geprägt wie von originär natürlichen Prozessen. Ein natürlicher Zustand, im Sinne von Unberührtheit durch den Menschen, existiert nicht mehr. Jedes heute existierende Ökosystem muss als von ökonomischen Aktivitäten beeinflusst betrachtet werden. Kein Teil der materiellen Realität, wie sie dem Menschen entgegentritt, kann daher als von dieser Voraussetzung der Ökonomie unabhängig betrachtet werden, sondern muss auch als deren Produkt begriffen werden.

Aber auch der Aspekt des Einflusses der Natur auf die Ökonomie wird, wie oben bereits angedeutet, nur unzureichend beachtet. Die Natur durchdringt die Ökonomie nachhaltig auf vielfältige Weise. Die Möglichkeit jeder ökonomischen Handlung findet in von der Natur bestimmten Kontexten statt und setzt ganz bestimmte Gegebenheiten voraus. Die ökonomische Theorie trägt dieser weit reichenden Tatsache jedoch nicht in adäquater Weise Rechnung.

So erscheint in dieser der Mensch regelmäßig als ein der materiellen



Welt entgegengesetzter Entscheidungs- und Handlungsträger. Dies steht im Widerspruch zu der scheinbar banalen Tatsache, dass

Funktionieren dieses Systems abhängig. An diesem Beispiel zeigt



sich, wie weit die Bestimmung der Ökonomie durch die Natur geht.

Diese Einsichten zeigen die enge gegenseitige Verschränktheit von Ökologie und Ökonomie. Beide Systeme üben einen bestimmenden Einfluss auf das jeweils andere aus. Unter diesem Gesichtspunkt ist es notwendig, diese Wechselwirkungen zu einem zentralen Gegenstand der ökonomischen Wissenschaft zu machen. Gegenwärtig ist dies aber offensichtlich nicht der Fall.

Eine mögliche Ursache für diese Ignoranz der Ökonomie gegenüber den notwendigen ökologischen Fragestellungen könnte in der Art und Weise liegen, wie die materielle Welt in der Ökonomie gefasst wird. Sie wird in der Theorie im Wesentlichen nur dann explizit, wenn sie sich als Knappheit äußert. Diese Eigenschaft weisen ökologische Systeme, auch wenn ihre Kapazitäten beschränkt sind, nicht immer in unmittelbarer Weise auf. Atembare Luft ist z.B. ein Gut, das uns bisher in solchem Überfluss zur Verfügung steht, dass sich die Frage der Knappheit scheinbar gar nicht stellt. Nichts desto trotz bedarf es eines funktionierenden Ökosystems, um diesen Zustand

wir keine reinen Geisteswesen, sondern selbst Teil der materiellen Realität sind. Damit aber sind wir selbst, die Handelnden der Ökonomie, als lebendige Wesen ein Teil des ökologischen Systems und unsere Existenz folglich von dem

aufrecht zu erhalten. Diese Voraussetzung wird aber nicht von der Intensität der Nutzung bestimmt, sondern ist von gänzlich anderen Faktoren bedingt. Diese Faktoren sind aber durchaus von einem entsprechenden Umgang mit ihnen abhängig, der sich mit den in anderen Kontexten gesetzten ökonomischen Aktivitäten nicht unbedingt deckt.

Im Kontext der Ökologie treten solche Externalitätenprobleme regelmäßig auf. Allerdings haben diese einen globalen, lebensbedrohenden Maßstab. Selbstverständlich werden Externalitätenprobleme in Anwendungen

der Umweltökonomie behandelt. Damit werden sie jedoch aus dem Zentrum der Ökonomie in einen peripheren Wirtschaftszweig abgeschoben. In ihrer Gesamtheit stellen die Auswirkungen der Ökonomie auf die Natur aber eine der wesentlichsten Ergebnisse ökonomischen Handelns dar. Dieses ist in seiner Bedeutung für das Leben der Menschen durchaus vergleichbar mit der Produktion von Gütern.

Notwendig wäre daher die konsequente Einbeziehung ökologischer Aspekte in die Kernbereiche der Ökonomie. Dessen bedarf es einerseits, um die Wechselwirkungen

der Ökonomie mit der Umwelt, d.h. die Einbettung der ökonomischen Handlungen in die materielle Welt, in adäquater Weise zu berücksichtigen. Andererseits ist eine Ökonomie, die die ökologischen Systeme in ihrer Analyse nicht berücksichtigt, nicht in der Lage als eine brauchbare Entscheidungsgrundlage für politische Entscheidungen zu dienen. Daher muss eine ökonomische Wissenschaft die ökologische Frage als Teil ihres ureigensten Gegenstandes begreifen und als solchen zu einem integralen Bestandteil ihrer Modelle machen.

Kurzinfo: ÖH-Wahl

Die Österreichische HochschülerInnenschaft ist die gesetzliche Vertretung der Studierenden in Österreich. Alle Studierenden in Österreich sind Mitglieder; die Mitgliedschaft ist verpflichtend. Es gibt vier Ebenen der Vertretung:

- Die Studienvertretung
- Die Fakultätsvertretung
- Die Universitätsvertretung
- Die Bundesvertretung

Früher konnten alle vier Ebenen direkt gewählt werden, seit der Novellierung des HochschülerInnenschaftsgesetzes 2004/5 können nur noch die Studienvertretung und die Universitätsvertretung gewählt werden. Die Studienvertretungen beschicken die Fakultätsvertretungen und die Universitätsvertretungen beschicken die Bundesvertretung. Wahlen finden alle zwei Jahre

statt. Ausländische Studierende haben ein aktives Wahlrecht, werden aber vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen. Bei der Wahl der Studienvertretung handelt es sich um eine Personenwahl, es können bis zu fünf Personen auf dem Stimmzettel angekreuzt werden. Bei der Wahl der Universitätsvertretung handelt es sich um eine Listenwahl, Du kannst eine Liste wählen.

Bei der Wahl der Studienvertretung VWL treten diesmal nur KandidatInnen des RBK an.

Bei der Wahl der Universitätsvertretung ist es erwähnenswert, dass die "Liste Basisgruppen/Institutsgruppen" mit Basisgruppen und Institutsgruppen nichts zu tun hat, der Name ist irreführend. Vermutlich absichtlich.

Die Wahlen finden dieses Semester vom 22.5 bis zum 24.5 statt. Im Detail:

Dienstag, den 22. Mai 2007, 10:00 bis 18:00 Uhr
Mittwoch, den 23. Mai 2007, 09:00 bis 19:00 Uhr
Donnerstag, den 24. Mai 2007, 09:00 bis 15:00 Uhr

Universitäts-Hauptgebäude, großer Festsaal, Dr.-Karl-Lueger-Ring 1, 1010 Wien
Für den RBK kandidieren auf StV-Ebene:

Alexander Leodolter, Anna Orthofer, Christian Holzmann, Pia Kranawetter und Julian Kolm.

Selbstverständnis zur Wahl

Es ist wieder so weit: Die ÖH-Wahlen stehen vor der Tür. Als Basisgruppe Volkswirtschaft, der Rote Börsenkrach, kandidieren wir für die Studienvertretung Volkswirtschaft. Daher möchten wir unsere

Institut, an der Uni und in der Gesellschaft als Ganzes aktiv mitzugestalten. Als Basisgruppe stehen wir dabei allen Studierenden, die sich engagieren wollen, gleichermaßen offen. Wir versuchen



Standpunkte, Grundsätze, unsere visionären bis radikal wilden Ideen - kurz unser Selbstverständnis - und unsere unrealistischen bis ... Vorhaben im Folgenden diskutieren.

Wir sind eine Basisgruppe. Und wir versuchen das Leben an unserem

damit, unsere Aktivitäten auf eine möglichst breite Basis der Betroffenen selbst zu stellen. Daher besteht für alle Studierenden die Möglichkeit gleichberechtigter Partizipation.

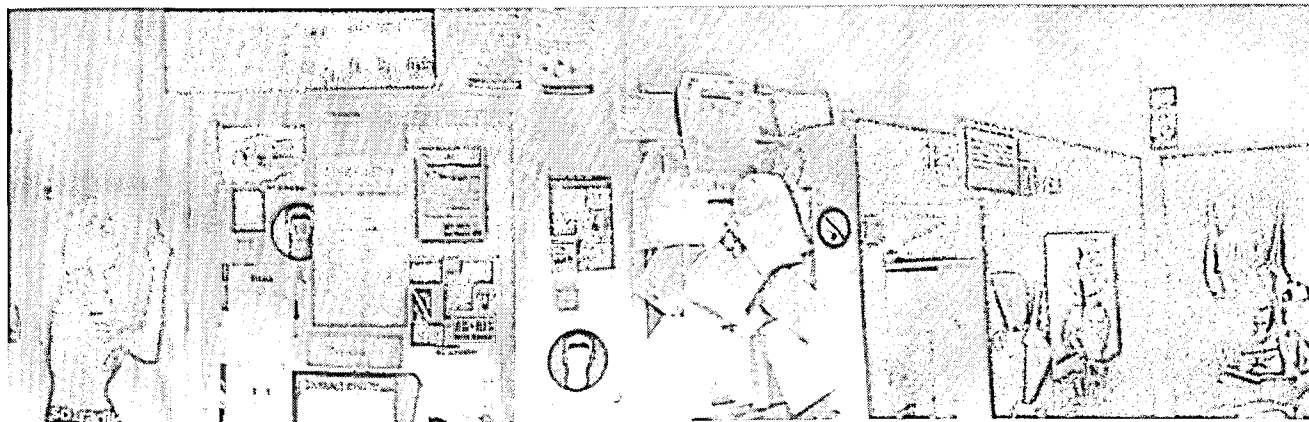
Dies bedeutet auch die Ablehnung jeder Art von hierarchischen Struk-

turen innerhalb der Gruppe. Wir verstehen die Basisgruppe auch als einen Freiraum, innerhalb dessen offene Diskussion und kritische Auseinandersetzung ohne Reproduktion der gesellschaftlichen Machtverhältnisse möglich sein soll. KeineR innerhalb der Gruppe soll von einer/m anderen in irgendeiner Form dominiert werden.

Der Ausdruck dieser Grundsätze sind die für alle offenen Plena. Auf diesen werden alle von den Anwesenden aufgeworfenen Themen diskutiert. Entscheidungen werden ausschließlich in diesen Plena und im Konsens aller Beteiligten getroffen. Das stellt sicher, dass eine Minderheit nicht von einer Mehrheit dominiert werden kann. Wir glauben, dass diese Plena, trotz der Mühen, mit denen konsensuale Entscheidungsfindungen mitunter behaftet sind, der beste Weg sind, um Entscheidungen auf breitester möglicher Basis zu legitimieren.

Die Verhältnisse innerhalb einer Basisgruppe sind aber natürlich von der gesamtgesellschaftlichen Realität geprägt. Jeder Mensch ist in seinen Möglichkeiten, auch innerhalb einer Basisgruppe, immer an sein gesellschaftliches Umfeld gebunden. Dieses Gefangensein in den bestehenden gesellschaftlichen Hierarchien erscheint insbesondere in der unreflektierten Übernahme üblicher Denkmuster und Wertvorstellungen durch einen selbst.

Folglich kann die Form offener Plena, als zentrales Element der Basisdemokratie, allein die Existenz informeller und verdeckter Hierarchien nicht verhindern. Die bestehende Gesellschaft lässt einen vollkommen hierachiefreien Raum eben nicht zu. Wesentlich ist aber, dass es innerhalb der



Basisgruppe möglich sein muss, interne Hierarchien und ihre Ursachen offen anzusprechen, zu hinterfragen und damit an deren Neutralisierung zu arbeiten. Die Ablehnung interner Hierarchien ist aus dieser Perspektive immer bereits Kritik an den bestehenden Machtstrukturen.

Bei unseren Aktivitäten am Institut zeigen sich auch unmittelbar die Widersprüche zwischen dem Anspruch der Basisdemokratie und den realen Gegebenheiten. Wir glauben, dass die universitäre Lehre wissenschaftlichen Lehrmeinungen kritisch begegnen und die bestehenden gesellschaftlichen Gegebenheiten hinterfragen sollte. Da dieser Anspruch unseres Erachtens nur unzureichend eingelöst wird, versuchen wir dahingehend Einfluss zu nehmen. Zu diesem Zweck ist eine Vertretung in den universitären Gremien, insbesondere auf Instituts- und Fakultätsebene, sehr hilfreich: Dort wird unter anderem über die Studienpläne, die Nachbesetzungen von Professuren, Habilitationen, die Verwendung finanzieller Mittel etc. entschieden. Insbesondere den Nachbesetzungen kommt in den nächsten Jahren eine große Bedeutung zu, da ein Generationenwechsel der ProfessorInnen-schaft bevorsteht.

Allerdings sind wir, um an diesen Entscheidungsprozessen mitwirk-

en zu können, dazu gezwungen, uns gegenüber dem Institut in repräsentativen Wahlen zu legitimieren. Dazu nominieren wir alle zwei Jahre 5 KandidatInnen, für die wir euch um eure Stimme bei den nächsten ÖH-Wahlen bitten. Innerhalb des Roten Börsenkrachs bestehen jedoch, entsprechend dem basisdemokratischen Prinzip, keine Hierarchien zwischen gewählten StudienvertreterInnen und allen anderen Studierenden. Selbstverständlich findet die Vertretung in den diversen Gremien ausschließlich auf der Basis von Plenumsbeschlüssen statt.

Die offene Form der Diskussion innerhalb einer Basisgruppe lässt natürlich ein weites Spektrum an Inhalten und politischen oder ideologischen Positionen zu. Insbesondere zeichnen wir uns durch Unabhängigkeit von politischen Parteien, parteilicher Programmatik u.Ä. aus. Eine Basisgruppe zu sein steht aber, gerade angesichts des in diesem Konzept immanenten politischen Pluralismus, der Beliebigkeit der Inhalte entgegen. Der Rote Börsenkrach gründet sich auf linke Ideale und Diskurse.

Der konsequente Versuch einer Basisgruppe impliziert den Versuch der Emanzipation von den herrschenden Verhältnissen. Sie muss in ihren Aktivitäten auf die gesellschaftlichen Bedingungen hinarbeiten, die für eine weit-

est mögliche Verwirklichung des eigenen Ideals notwendig sind. Dazu gehört auch das Auftreten gegen jede Form von Diskriminierung auf Grund von Gruppenzugehörigkeiten wie Geschlecht, Herkunft, Lebensform etc. in der Basisgruppe, auf der Uni und in der Gesellschaft. Generell versuchen wir, ein kritisches Bewusstsein für die bestehenden Machtstrukturen und die daraus resultierenden Zwänge und Ungerechtigkeiten zu schaffen und diesen damit entgegenzuwirken.

Bei unseren Aktivitäten liegt daher ein besonderer Fokus auf solchen, mit denen wir hoffen, den öffentlichen Diskurs anzuregen. Dazu gehört die Herausgabe dieser Zeitung, die Organisation von Diskussionsveranstaltungen etc.

Außerdem versuchen wir, den Studierenden durch Beratung und Information zu studienrelevanten und organisatorischen Fragen, das Leben zu erleichtern. Dazu gibt es regelmäßige Journaldienste in der Schildburg und ein regelmäßig stattfindendes Erstsemestrigentorium.

Noch ein Wort zur Wahl:
Wählt, und wählt links!

Ein Gleichgewichtskonzept auf der Suche nach einer Interpretation

Was haben das Verhalten von OligopolistInnen, Jugendlichen, die mit dem Auto aufeinander zurasen, Harlock und Esmeralda gemein? Wir lernen es als gewählte Strategien in einem Nash-Gleichgewicht zu interpretieren. Leider lernen wir nicht, wie sich ein solches Gleichgewicht im Allgemeinen interpretieren lässt. Dieser trübsinnige Artikel vermag das wohl nicht zu ändern, soll aber einen Überblick über die populärsten Interpretationen geben.

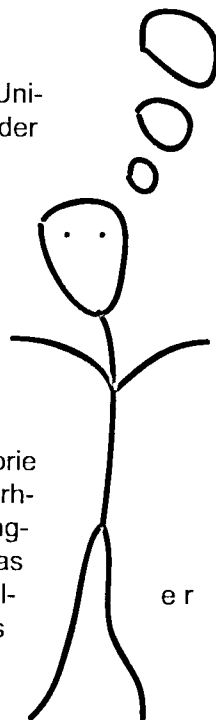
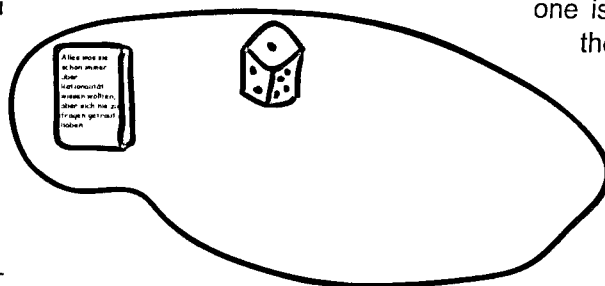
1. Runde: Eine Universale Theorie der Rationalität

Als John Nash 1950 seine Dissertation fertig stellte, sah er sein Gleichgewichtskonzept als Teil einer umfassenden Theorie rationalen Verhaltens. Sein Lösungskonzept für das Verhalten rationaler Personen folgt aus zwei Forderungen an eine solche Theorie:

1. Es darf nicht profitabel sein vom vorgeschriebenen Verhalten abzuweichen. 2. Die Theorie macht eine eindeutige Verhaltensvor-

hersage. In Nashs Worten (zitiert nach van Damme):

By using the principles that a rational prediction should be unique, that the players should be able to make use of it, and that such knowledge on the part of each player of what to expect the others to do should not lead him to act out of conformity with the prediction, one is led to the concept.



er

An-nahme 1 ist über alle Kritik erhaben, wir haben jedoch keinerlei Grund Annahme 2 zu akzeptieren. Es gibt einfache Spiele mit mehreren Gleichgewichten und keiner Hoffnung die Zahl der Gleichgewichte auf 1 zu reduzieren. Ein Beispiel:

1 1	0 0
0 0	1 1

Wie wir noch sehen werden, folgt nicht einmal aus der Existenz eines eindeutigen Gleichgewichts eine eindeutige Verhaltensempfehlung.

2. Runde: Wir empfehlen ein Strategienprofil

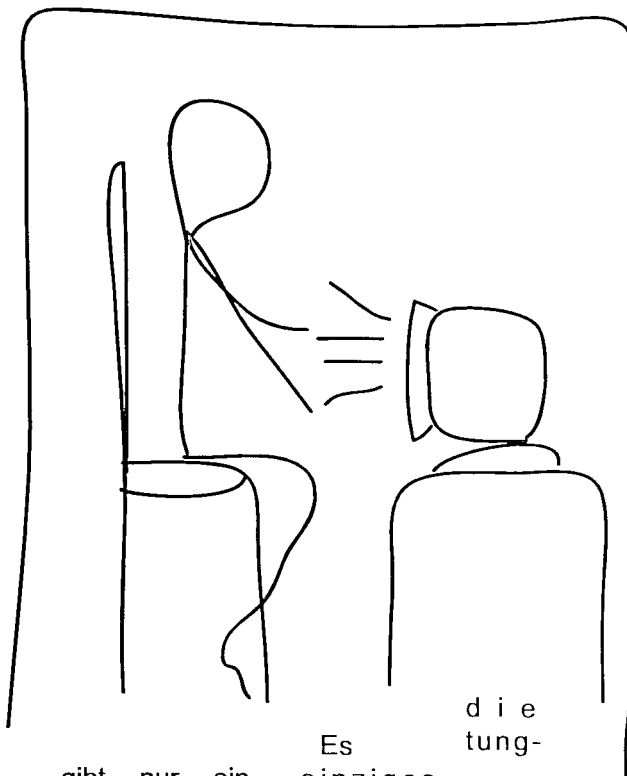
Ein etwas künstlicher, aber durchaus verlockender Ausweg ist es, Nash-Gleichgewichte als Empfehlungen an die SpielerInnen zu

interpretieren. Wenn eine Strategieempfehlung keinen Grund liefert von ihr abzuweichen, muss sie ein Nash-Gleichgewicht bilden. Wie so etwas ablaufen könnte haben Kohlberg und Mertens in unübertroffener Klarheit beschrieben:

We must therefore think of the game being played as follows: the referee (or experimenter) starts to select players who do not know each other, and puts them in separate cubicles, with no means of communication to the outside world- not even a window- other than a computer terminal. The players first get from the terminal a full description of this setup, and of the game they are going to play, and next they are told a recommended mixed strategy vector, expected to be adhered to by all participants. Finally, the computer makes them play the game [...] and asking them for their moves [...].

Wir wollen einmal von der Schwierigkeit absehen, ökonomische Probleme strategischer Interaktion in diesem Rahmen zu interpretieren, und wenden uns einem anderen Problem zu. Wie bekannt sein dürfte ist die Existenz von Gleichgewichten im Allgemeinen nur garantiert, wenn wir gemischte Strategien zulassen. Das einfachste Beispiel für ein Spiel, in dem es kein Gleichgewicht in reinen Strategien gibt, ist Matching Pennies:

1 0	0 1
0 1	1 0



Es gibt nur ein einziges Gleichgewicht $((1/2, 1/2), (1/2, 1/2))$ und somit wäre die Experimentator in aus der Geschichte gezwungen dieses zu empfehlen. Die Frage ist warum unsere Versuchspersonen der Empfehlung folgen sollten. Wenn beide Personen ihre Gleichgewichtsstrategie spielen, haben sie jeweils einen erwarteten Pay-off von $1/2$. Wenn nun eine Person vom Gleichgewicht abweicht, hat sie einen erwarteten Payoff von - wiederum $1/2$. Es handelt sich hier um eine allgemeine Tatsache der Spieltheorie: Wenn eine Person im Gleichgewicht eine gemischte Strategie spielt, so kann sie auch eine reine Strategie spielen ohne einen niederen Payoff zu bekommen.

3. Runde: Was ihr glaubt ist konsistent

Gemäß der verbreiteten Bayesianischen Sichtweise haben SpielerInnen eine subjektive Wahrscheinlichkeitsverteilung darüber was die anderen tun. Wir können

die

sich nicht ändern, wenn die Erwartung

wartung-

shaltung bekannt wäre. Wenn alle dieselbe Erwartungshaltung haben und alle wissen, dass alle rational sind, sie weiters wissen, dass alle wissen dass alle rational sind und so weiter, liegt ein Nash-Gleichgewicht vor. Diese Interpretation ist klar und einfach zu interpretieren.

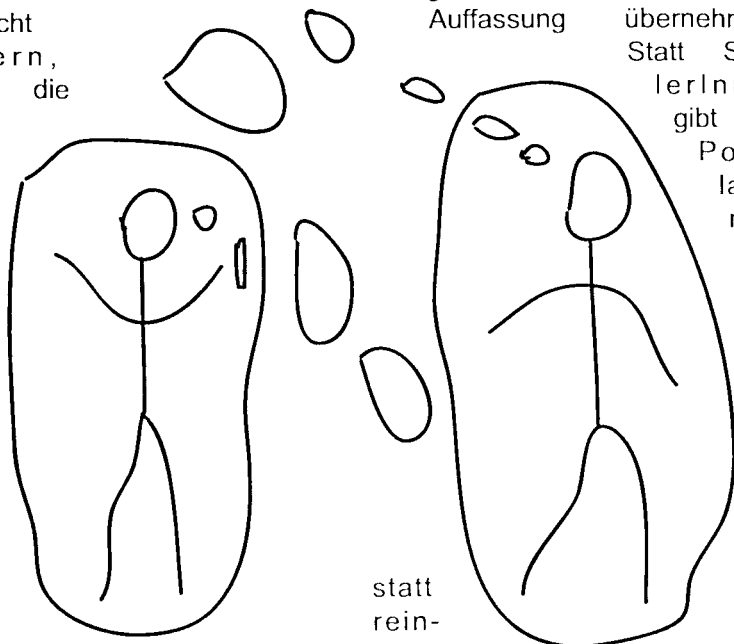
die gemischte Strategie $(1/2, 1/2)$ in Matching Pennies auch als das Wissen des Gegners interpretieren- der keine der beiden Strategien eher erwartet. Dass die so uminterpretierten gemischten Strategien ein Nash-Gleichgewicht bilden lässt sich nun als Konsistenzbedingung interpretieren: Alle haben kompatible Erwartungshaltungen, eigene Erwartungshaltung würde

tieren, liefert aber keinen Grund zu glauben, dass ein Nash-Gleichgewicht eine gute Vorhersage für reales Verhalten darstellt. John Harsanyi vertrat die Auffassung, dass rationale Personen mit derselben Information dieselben Erwartungshaltungen haben, so dass es reicht, wenn alle das Spiel kennen und rational sind, das wiederum wissen usw. Diese Auffassung strapaziert den Rationalitätsbegriff allerdings wohl etwas über.

4. Runde: Wenn e.coli das kann, dann könnt ihr das auch

In den Naturwissenschaften wird unter einem Gleichgewicht üblicherweise etwas anderes verstanden als in der Ökonomie. Ein Gleichgewicht ist hier ein Ruhepunkt eines dynamischen Prozesses. In der Biologie gibt es Anwendungen der Spieltheorie, die diese Auffassung übernehmen.

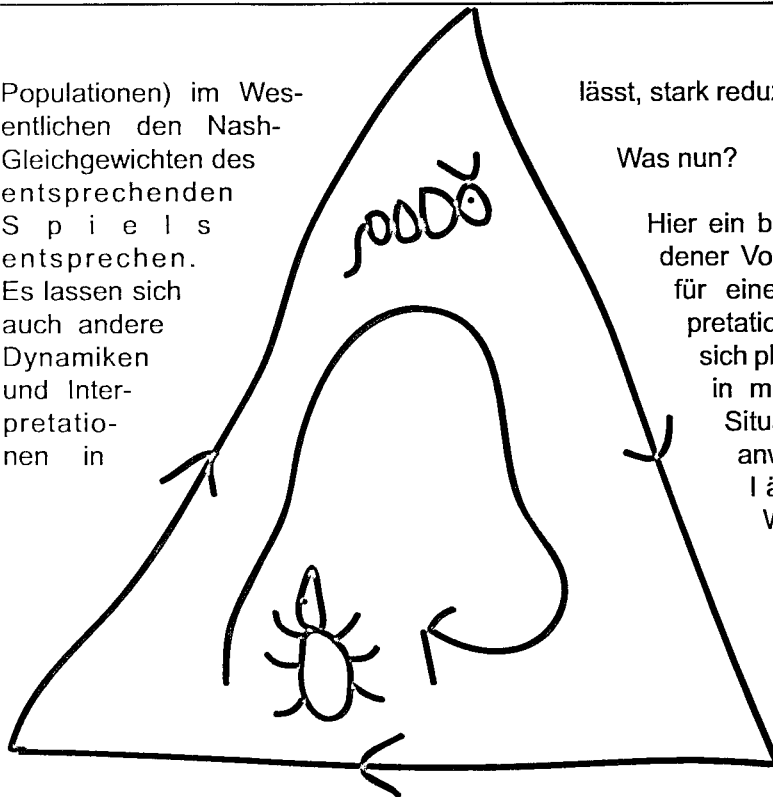
Statt Spielern gibt es Populationen und



statt reinen

Strategien Gene. Eine gemischte Strategie ist nun eine Verteilung der Gene über die Population. Payoffs lassen sich als Fortpflanzungserfolg interpretieren. Es lassen sich nun Dynamiken finden, die mit dieser Auffassung konsistent sind und deren Ruhepunkte (also Steady-State-

Populationen) im Wesentlichen den Nash-Gleichgewichten des entsprechenden Spiels entsprechen. Es lassen sich auch andere Dynamiken und Interpretationen in



lässt, stark reduziert.

Was nun?

Hier ein bescheidener Vorschlag für eine Interpretation, die sich plausibel in manchen Situationen anwenden lässt. Wenn wir

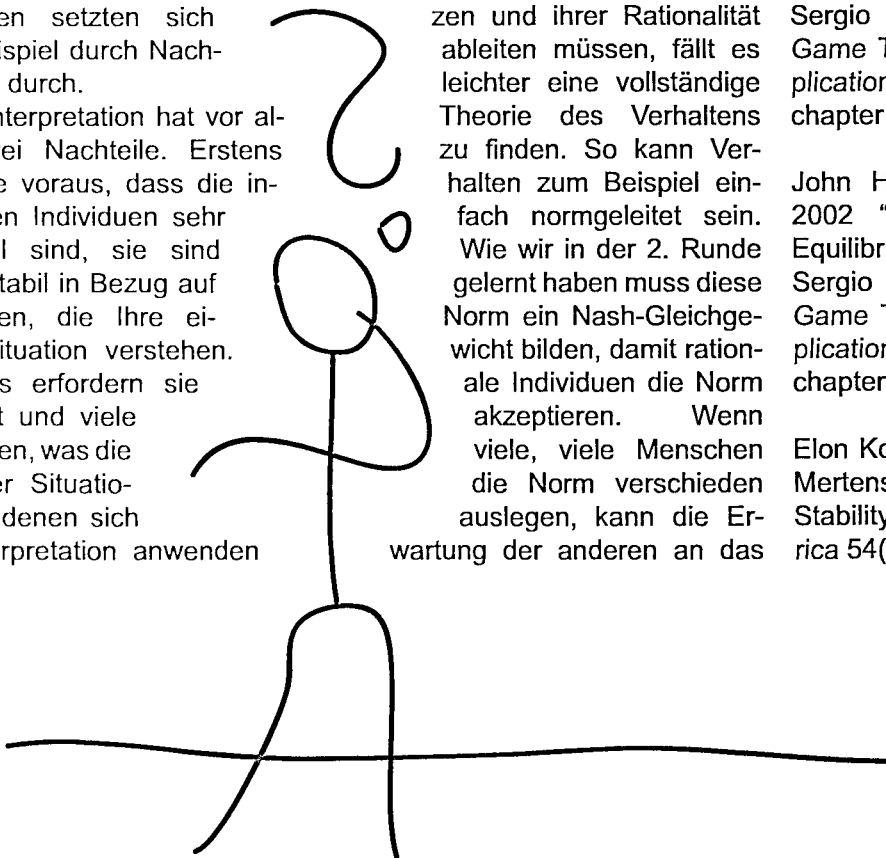
Verhalten als gemischte Strategie im Sinne der 3. Runde gesehen werden. In dieser Situation ist unser Lösungskonzept vollkommen natürlich und plausibel.

In der Ökonomie sind solche Situationen jedoch relativ selten.

diesem Stil

finden. Besonders interessant in einem ökonomischen Kontext ist Lernverhalten, Strategien setzen sich zum Beispiel durch Nachahmung durch.

Diese Interpretation hat vor allem zwei Nachteile. Erstens setzt sie voraus, dass die involvierten Individuen sehr irrational sind, sie sind selten stabil in Bezug auf Individuen, die Ihre eigene Situation verstehen. Zweitens erfordern sie viel Zeit und viele Individuen, was die Zahl der Situationen, in denen sich die Interpretation anwenden



akzeptieren, dass auch rationale Individuen ihr Verhalten nicht nur aus ihren Präferenzen und ihrer Rationalität ableiten müssen, fällt es leichter eine vollständige Theorie des Verhaltens zu finden. So kann Verhalten zum Beispiel einfach normgeleitet sein. Wie wir in der 2. Runde gelernt haben muss diese Norm ein Nash-Gleichgewicht bilden, damit rationale Individuen die Norm akzeptieren. Wenn viele, viele Menschen die Norm verschieden auslegen, kann die Erwartung der anderen an das

Literatur:

Eric Van Damme 2002 "Strategic Equilibrium" in Robert Aumann & Sergio Hart (ed.), Handbook of Game Theory with Economic Applications, edition 1, volume 3, chapter 41, 1521-1596

John Hillas und Elon Kohlberg 2002 "Foundations of Strategic Equilibrium" in Robert Aumann & Sergio Hart (ed.), Handbook of Game Theory with Economic Applications, edition 1, volume 3, chapter 42, 1597-1663,

Elon Kohlberg und Jean-Francois Mertens 1986 "On the Strategic Stability of Equilibria" in Econometrica 54(5), 1003-1037

18 Kampfflugzeuge - geschützt von einer Zwangsjacke*

Ein Plädoyer für deren Abschaffung

18 Flugzeuge, die unsere politische Landschaft spalten. Und zwar genau in der Mitte. 18 Flugzeuge, die uns viel kosten werden; es wird von über sechs Milliarden Euro allein während der nächsten Legislaturperiode gesprochen. Allerdings auch 18 Flugzeuge, die laut Expertinnen und Experten von unserer Verfassung (Verpflichtung zur umfassenden Landesverteidigung als Folge der Neutralität, Art 9a B-VG) gefordert werden. Und die sich daher zwingend stellende Frage: Wie viel ist uns die bestehende Verfassung, genauer gesagt die Neutralität, wert?

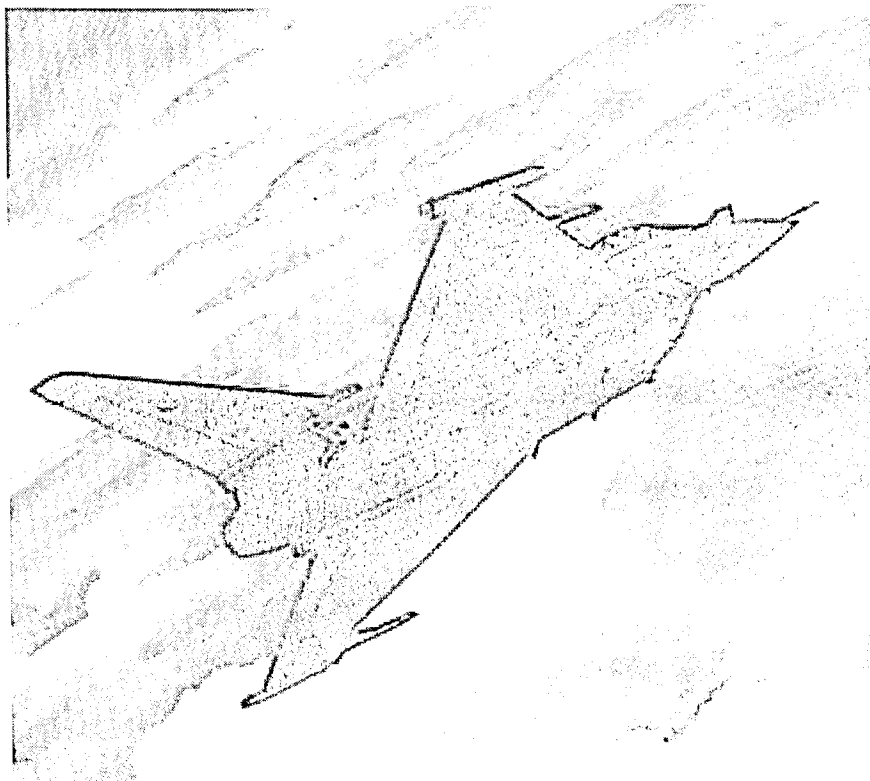
Gegnerinnen und Gegner der Anschaffung „Abfangjäger“ haben es nicht schwer, ökonomisch, sozialpolitisch und sogar militärpolitisch vernünftige Gründe für den Ausstieg zu finden, geringe Stornogebühren natürlich vorausgesetzt. Freilich können sie die durch die Neutralität gewährte verfassungsgesetzliche Deckung der Forderung nach Luftraumüberwachung nicht abstreiten. Sachlich argumentativ lässt sich diesem Dilemma kaum entkommen. Eine geltende Verfassungsnorm ist nicht Gegenstand einer Zweck- oder gar Sinnfrage, solange es nicht um die Änderung derselben geht. Solange sie gilt, ist sie der unverrückbare Maßstab, an dem politische Entscheidungen gemessen werden. Und die Bestimmung,

um die es hier geht, fordert eine „umfassende Landesverteidigung“, zu der natürlich auch die Luftraumüberwachung gehört, garantiert doch nur sie die verlangte vollkommene Unverletzlichkeit des Staatsgebietes.

Das ändert natürlich nichts an der praktischen Unnotwendigkeit dieser Anschaffung, die auch durch eine andere Typenwahl

tellerfirma EADS geht. Vielmehr stellt sich die Frage, ob wir überhaupt eine Luftraumüberwachung benötigen. Und diese Frage muss verneint werden.

Wer gegen die Anschaffung von 18 Flugzeugen ist, der stellt sich jedoch gegen Österreichs Neutralität – wie ungewohnt zeitgemäß und konsequent wäre es, wenn sich die Österreicherinnen und



oder eine allfällige Reduktion der Stückzahl bestehen bleibt. Es ist zu betonen, dass es hier weder um die vom laufenden Untersuchungsausschuss aufgedeckten Unregelmäßigkeiten im Zuge der Vertragsverhandlungen, die möglicherweise einen Ausstiegsgrund darstellen, noch um eine mögliche Voreingenommenheit der Republik bei der Auswahl der Hers-

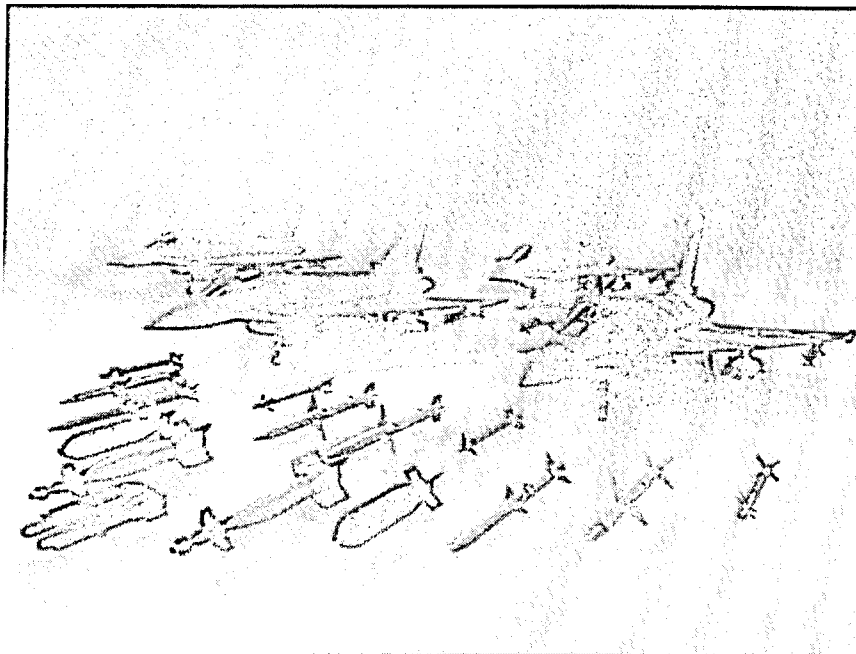
Österreicher trauen würden, dies einzugestehen?

Die Konsequenz muss in der Abschaffung der Neutralität liegen. Sie zeigt immer mehr ihren wahren Charakter, nämlich jenen einer Zwangsjacke. Die Kosten, die sie uns auferlegt, übersteigen ihren Nutzen nun endgültig. Nicht nur, dass sie uns jahrelang – bis

*Dieser Artikel wurde vor Abdruck ziemlich kontrovers diskutiert. Die vertretenen Ansichten sind nicht repräsentativ für die Basisgruppe.

zum Zusammenbruch der UdSSR 1991, die durch Jahrzehnte hindurch einen EU-Beitritt Österreichs als Verletzung der Neutralität und des Anschlussverbotes an Deutschland betrachtet hätte – nicht am gemeinsamen Europa teilnehmen ließ und Österreichs

ichs, wenn auch verfassungsgesetzlich gefordert, fehlt also nicht bloß die Notwendigkeit, sondern überdies die Durchführbarkeit. Die Frage nach dem Sinn der Neutralität stellt sich dadurch umso dringender.



außenpolitischen Spielraum und Entscheidungsrahmen erheblich beschränkte, sondern auch, dass sie uns nun finanzpolitische Vorgaben macht, ist inakzeptabel. Außerdem ist die von der Neutralität geforderte „umfassende Landesverteidigung“ auch kaum durchführbar, was wiederum besonders am Beispiel der Abfangjäger sichtbar wird. Der österreichische Luftraum ist schwer zu überwachen, wegen der geringen Fläche vor allem im Westen. Überflogen wird unser Land hauptsächlich von amerikanischen Flugzeugen, die ganz andere Ziele haben als Österreich, und sich nicht an allenfalls bestehende Überflugsverbote halten; wie im Frühjahr 2003, als amerikanische Militär-Jets unerlaubterweise Tirol passierten. Einer eigenständigen Luftraumüberwachung Österre-

Warum sind wir überhaupt neutral? Wo sind der ursprüngliche und der jetzige Nutzen der Neutralität? Um für deren Abschaffung zu plädieren, müssen diese Fragen zuerst beantwortet werden.

Die Neutralität war reines Mittel zum Zweck. Der Zweck war der Staatsvertrag 1955, dessen Unterzeichnung die UdSSR aus Angst vor einem NATO-Beitritt der damals jungen Republik unter die vertragliche Bedingung einer neutralen außenpolitischen Positionierung Österreichs stellte. Die Neutralität war zwar explizit kein Bestandteil des Staatsvertrages, wurde jedoch am 26.10.1955 vom Nationalrat im Verfassungsrang verabschiedet. Nach dem Erlangen der Unabhängigkeit war sie in den Folgejahren rechtlich und politisch unverzichtbar, da die

Sowjetunion auf der Einhaltung des Staatsvertrages, der indirekt auf das Neutralitätsgesetz abstellt, bestand.

Daran anschließend lag ein großer Vorteil unserer Blockfreiheit in der Möglichkeit einer gewissen positiven Einflussnahme in Form einer Vermittlerrolle auf den Nahostkonflikt und den Kalten Krieg. Diese sog. „aktive Neutralitätspolitik“ wurde vor allem während der Amtszeit von Bruno Kreisky zielstrebig verfolgt, war der ehemalige Bundeskanzler doch der erste offizielle Repräsentant eines Staates, der mit Yassir Arafat Gespräche führte, und diesen dadurch quasi in seiner Stellung als palästinensischer Volksvertreter legitimierte. Auch das Treffen zwischen dem damaligen US-Präsidenten Jimmy Carter und dem Generalsekretär der KPdSU Leonid Breschnew im Zuge der Abrüstungsgespräche ist als eine der schillerndsten Stunden österreichischer Außenpolitik im Namen der Neutralität in die Geschichte eingegangen.

Seit über 20 Jahren jedoch, seit dem Rücktritt des außenpolitisch so aktiven und sich dazu moralisch verpflichtet fühlenden Kreisky, schief das Engagement Österreichs immer mehr ein. Die Neutralität diente vor allem als Matratze, auf der sich die österreichischen Regierungen ausruhen konnten. Von „aktiver Neutralitätspolitik“ war nur mehr die Rede, wenn es den bevorstehenden EU-Beitritt betraf. Vermittler im Kalten Krieg wurden nach dessen Ende und nach dem Zusammenbruch der UdSSR nicht mehr gebraucht. Politische Verhandlungen abseits wirtschaftlicher Interessen fanden nicht mehr statt.

Abgesehen von der zunehmend schwindenden „Aktivität“ unserer Neutralitätspolitik wurde in den letzten Jahren offensichtlich, dass die Neutralität immer mehr

ausgehöhlt und teilweise schlicht ignoriert wurde. Spätestens bei dem Versuch, eine europäische Verfassung zu verabschieden, und somit die EU endgültig in die Richtung „Bundesstaat“ zu lenken, mussten sensible Beobachterinnen und Beobachter eine Kollision zwischen „immerwährender Neutralität“ und dem Unterwerfen Österreichs einer gesamteuropäischen Verfassung erkennen. Trotz alldem wurde die Diskussion über diese bedeutsame Rechtslage in der Öffentlichkeit nie intensiv geführt; fast als ob Österreich ahnte, dass sie ungemütlich werden könnte...

Der europäische Einigungsprozess wird bald auch die militärische Ebene erreicht haben. Im Lichte dessen stellt sich damit freilich wieder die Frage: Und was macht Österreich?

Eine „EU-Armee“ hätte den großen Vorteil, dass mit ihrer Hilfe im Falle militärischer Krisen- und Konfliktsituationen, für die kein UNO-Mandat besteht, sehr rasch eingeschritten werden könnte, um systematischen Massenmord wie zum Beispiel in Darfur zu verhindern. Natürlich sind Einsätze zur Friedensschaffung und Konfliktdeskalation vorrangig unter Erteilung eines UNO-Mandats durch den Sicherheitsrat zu unternehmen. Aufgrund dessen veralteter Struktur jedoch, die fünf Staaten (USA, Russland, China, Frankreich, Großbritannien) ein generelles Vetorecht zugesteht, kann es leicht sein, dass trotz offensichtlicher Notwendigkeit einer UNO-Friedenstruppe zur Deeskalation eines Konfliktes eine solche wegen nationaler Interessen und zwischennationaler Streitigkeiten und Rivalitäten nicht zu Stande kommt. In einem solchen Falle träfe Europa eine besondere Verantwortung zu uneigennütziger Hilfeleistung, deren Ursache unter

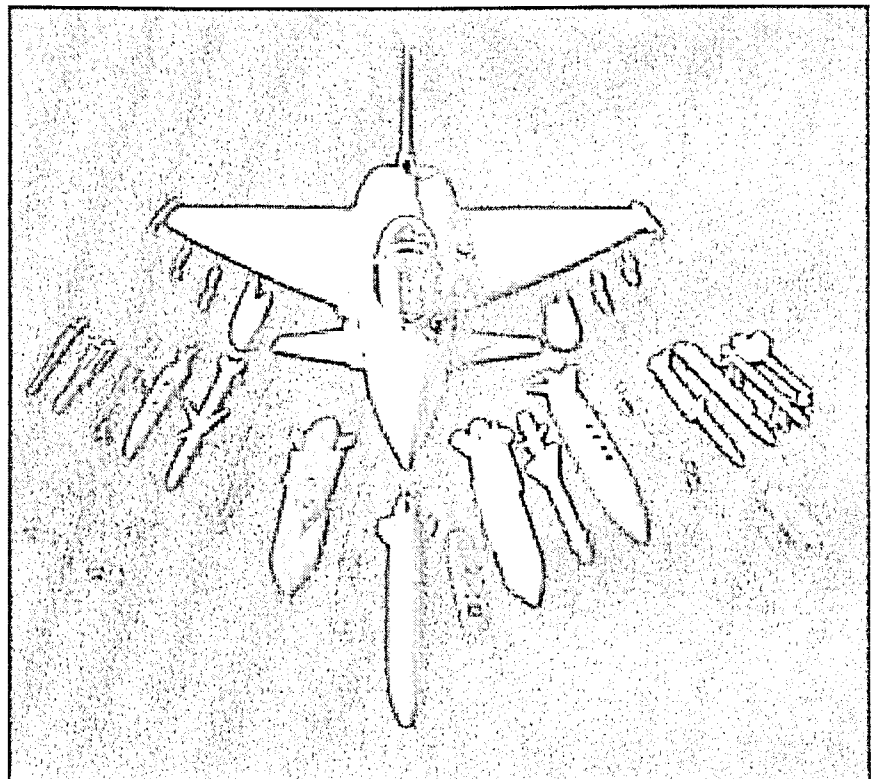
anderem in der Zeit des Kolonialismus liegt, als der Grundstein für viele Konflikte, vor allem in Afrika, gelegt wurde.

Aber warum sollte Europa hier weniger egoistisch handeln als die USA, Russland, Australien oder China?

Die Annahme, dass die EU hier verantwortungsvoller agieren würde als der Rest der militärisch entwickelten Welt, hat ihren Grund in der Tatsache, dass in den europäischen Staaten imperialistisches Großmachtstreben nicht mehr so verwurzelt ist wie in China,

verhinderungspolitik liegen. Der Eindruck, dass eine „EU-Armee“ ein Allheilmittel gegen Krieg wäre, und dabei nicht genau jene Fehler beginge, die die USA seit Jahren begehen, wäre völlig verfehlt. Vorrangig muss versucht werden, Feindseligkeiten ohne Einsatz von menschlichem Leben zu schlichten. Doch wenn dies fehlschlägt, wäre es verantwortungslos, nicht einzuschreiten, nur zuzusehen und dies dann mit der Neutralität zu rechtfertigen.

Diese moralische Verpflichtung trifft Österreich genauso wie die



Russland oder den USA. Die beiden Weltkriege und das Scheitern der Kolonialreiche im 20. Jahrhundert haben in Europa Spuren in der Außenpolitik hinterlassen. Die Gefahr einer ausschließlich dem Eigennutz verpflichteten imperialistischen Außenpolitik ist daher dementsprechend geringer. Vor jeder militärischen Kriseninterventionspolitik muss aber natürlich eine präventive Krisen-

ehemaligen Kolonialmächte, profitierten wir doch genauso von der Ausbeutung heute verarmter Länder.

Mit der Neutralität zu vereinbaren wäre all dies allerdings nicht.

Die Neutralität ist zu einem Relikt des 20. Jahrhunderts geworden. Ihre Zeit ist abgelaufen.

„Völlig gaga“!

„Wissen Sie, was Sie wollen? Wissen Sie, was Ihre Partei will? Der Abgeordnete Omar Al-Rawi – das ist Ihr Abgeordneter – wissen Sie was der will? Der hat einen Brief geschrieben an den Vizepräsidenten des Österreichischen Alpenvereins und der fühlt sich in seiner Religionsfreiheit beengt und fordert dass in Österreich die Gipfelkreuze durch Halbmonde ersetzt werden...“. Peter Westenthaler zitiert am 7. September in der TV-Konfrontation mit Alfred Gusenbauer den Briefwechsel zwischen dem Präsidenten des österreichischen Alpenvereins, Andreas Ermacora, und dem SPÖ-Abgeordneten und Integrationsbeauftragten der islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich, Omar Al-Rawi. Kurz darauf wird klar, dass der Brief gefälscht ist, und dass es sich dabei um eine Aktion der Künstlergruppe „Haben wir denn keine anderen Sorgen“ handelt, welche unter dem Motto „How low can you go?“ austesten wollte, wie tief populistische Politiker gehen. Diese Art von Humor loben wir uns!

Der RBK im Gespräch mit dem Autor des Briefes, Gerd Millmann.

Gibt es die Gruppe „Haben wir denn keine anderen Sorgen“ wirklich?

Ja, es ist eine Gruppe von Leuten, wir haben schon ein paar Aktionen gesetzt. Die gehen grundsätzlich gegen Populisten oder Hetzer, da gehören zum Beispiel auch Leute dazu, die alles auf Brüssel schieben. Also Leute, die die Menschen narrisch machen.

Nachdem die Halbmond-Geschichte erst ein halbes Jahr später aufgegangen ist, war es insofern interessanter, weil es direkt in der heißen Phase des Wahlkampfes war. Lustig war, dass die Kollegen und Kolleginnen vom ORF das auch für bare Münze genommen haben. Im Teletext ist es die erste Meldung gewesen, und dann ist das im Ö3 den ganzen Tag als er-

stimmung ungeprüft übernehmen, auch Ö3. Jeder Journalist müsste einen Check und Gegencheck machen.

Es kann ja schon sein, dass sich viele Leute nicht mehr auskennen in dem Behauptungswirrwarr...

Naja, die Reaktion war ja sehr interessant. Zum Beispiel die Krone

hat ein Bild gebracht von einem Gipfelkreuz mit der Geschichte: Eine Künstlergruppe hat sich einen Scherz erlaubt, der aber gar nicht lustig ist. Quasi: Mit so etwas soll man nicht spaßen, weil das ist ein ganz ernstes Thema, siehe Karikaturen von Mohammed.

Gab es von euch auch noch andere Aktionen,

die in diese Richtung gingen?

Soweit ich erzählen kann: die eine ist diese Euck Wigger: Wir haben aus „Fuck Nigger“ an den Hauswänden mit zwei Zusatzstrichen „Euck Wigger“ gemacht, völlig gaga, völlig abartig.

Das haben wir damals dem Falter als Geschichte gesteckt. Mit der Story: Euck Wigger hieße auf isländisch: Wer Fuck Nigger auf die Wand malt hat einen zu Kurzen. Aber das war eher nur spaßig.



ste Meldung gekommen, und zwar als Meldung:

jetzt kommen die Halbmonde statt der Gipfelkreuze.

Besteht da nicht die Gefahr, dass die Aufklärung der Geschichte vielleicht weniger Leute mitbekommen als die Geschichte selbst, und das wirklich dann glauben?

Die Gefahr besteht schon, da muss man aber die Medien am Krawattl nehmen, die diese Mel-

Das eigentliche Problem ist, dass es bei uns ja keine journalistische Kultur gibt, wie in der Schweiz zum Beispiel oder in Deutschland, geschweige denn in einem angelsächsischen Land.

Dort würde man eher zurückfragen?

Zumindest! Zum Beispiel die Geschichte mit der Madonna: Vor ein paar Wochen gab es ein Coverfoto: Madonna im Urlaub in Lech. Sensation!!! Und zwei Tage später haben sie dann zugeben müssen, dass ein Leser oder Leserin, man weiß es nicht, ein schlecht retuschiertes Foto von der Madonna geschickt hat, wo im Hintergrund Berge zu sehen waren und gesagt hat: Ich habe die Madonna in Lech gesehen und fotografiert. Das ist eins zu eins genommen und abgedruckt

Aber wie hat man gewusst, dass das du warst, der den Brief verfasst hat?

Ich habe mich deshalb outen müssen, weil es schon zu viele



Herrn
Abgeordneten zum Wiener Landtag Omar Al-Rawi
Integrationsbeauftragter
Islamische Glaubensgemeinschaft
Bernardgasse 5, A-1070 Wien

Dr. Andreas Ermacora
Vizepräsident Österreichischer Alpenverein
Wilhelm-Greif-Strasse 15, A-6010 Innsbruck

Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter Al-Rawi,
Innsbruck, am 20.3.2006

Vielen Dank für Ihr Schreiben vom 12.2. 2006. Das Präsidium des Österreichischen Alpenvereins hat sich mit Ihrem Anliegen sehr ausführlich und eingehend befasst.
Ihre Berufung auf das rechtsstaatliche Prinzip der negativen Religionsfreiheit ist im Fall der Gipfelkreuze natürlich nachvollziehbar. Dagegen steht jedoch die Jahrhunderte alte Einbettung dieses Brauchs in die Kultur und Geschichte Österreichs.
Ihre Schlussfolgerung, wonach jedes Gipfelkreuz ein Herrschaftszeichen des Christentums sei, können wir nicht teilen. Für breite Teile der Bevölkerung steht das Gipfelkreuz primär nicht als religiöses Symbol, sondern als Symbol des Brauchtums. Dennoch verstehen wir natürlich, dass sich ein Teil der Hunderttausenden von Muslimen in Österreich durch die Gipfelkreuze auf unseren Bergen in seinen religiösen Gefühlen beeinträchtigt fühlt.
Da uns an einer Regelung möglichst ohne große Öffentlichkeit gelegen ist (die gerade vor Wahlen zu einem Autschaufeln von Emotionen führen würde) bieten wir Ihnen folgende Vorschläge an: Die Etablierung einer islamischen Sparte des Österreichischen Alpenvereins sowie die Anbringung eines Halbmondes an einem Berggipfel der gemeinsamen Wahl.
Ich hoffe auf Ihr Entgegenkommen in dieser Angelegenheit und ich verbleibe mit freundlichen Grüßen. Ihr

Andreas Ermacora

Ermacora

worden.

Das Erratum war dann ganz klitzeklein. Das ist typisch österreichisch.

Auch Hans Dichand hat von uns einen Brief bekommen, so wie die Herren Westenthaler und Strache. Strache hat wenigstens den Herrn Ermacora vom Alpenverein fragen lassen, ob der Brief von ihm ist, und der hat verneint. Das war dann erledigt, aus. Und Dichand selber, was der getan hat weiß ich nicht.

Leute gewusst haben. Das Schlimmste wäre gewesen, wenn der Westenthaler eine Pressekonferenz veranstaltet hätte und gesagt hätte dass ich es war, weil dann hätte ich mich verteidigen müssen. Da ist Offensiv besser.

Sind Aktionen wie diese eine Fortführung von Satire, oder denkst du ist das wirklich eine neue Form, aus der sich auch noch mehr entwickeln kann?

Na ich glaube das Zweitere. Weil die Satire bewirkt ja nur dieses klammheimliche hihi, aber unsere Geschichte geht ja tiefer. Darum ist die Reaktion der Krone so beziehend, die das bitter ernst und böse nimmt, weil dadurch entlarvt wird, dass diese kontrollierende Funktion der Medien in Österreich überhaupt nicht funktioniert.

Einige Medien kontrollieren in Österreich Politik nicht, sie machen selber Politik. Und dadurch ist das gesamte Spektrum der Checks & Balances völlig verschoben. Es fehlt die Kontrolle der vierten Macht.

Welche zentralen Punkte verbinden euch als Gruppe?

Toleranz. Und Widerwillen gegen diese Verhabeung, diese Freunderlwirtschaft, die es in Österreich gibt. Das macht es so schwierig, die richtigen Leute an die richtigen Stellen zu setzen, weil es sowieso irgendwer bekommt, der jemanden kennt.

Was bekommst du von politischer Umfärbung seit der Wahl mit?

Na, die gibt's ja nicht. Ich bin ja zum Beispiel sehr dafür, dass die ganze „g'schnitzte Partie“ im Forschungszentrum Seibersdorf ausgetauscht wird wegen offensichtlicher Unfähigkeit. Die sind ja nur aus Parteigründen rein gekommen. Die könnte man von heute auf morgen ersetzen, aber das passiert nicht.

Beim ORF zum Beispiel bin ich ja dafür, dass Leute Journalismus machen, egal woher sie jetzt kommen. Wenn ein Wertekonservativer gute Geschichten macht, warum nicht? Die Presse ist ja auch lesbar. Wenn man sich erinnert, die Jahre 2000-2006, diese personellen Um-

stellungen hat es zuvor ja nie gegeben in dem Ausmaß. Das kann die SPÖ personell gar nicht, weil sie dieses Netzwerk nicht hat.

Die SPÖ hat dieses Netzwerk nicht?

Nein, diese beinharte Personalpolitik die die ÖVP macht, kann die SPÖ nicht machen. CV, Bauernbund,... kann die SPÖ nicht bieten. Stell dir vor du studierst Jus, und kommst irgendwann drauf, dass du ohne Seilschaft nicht hochkommst. Warum sollst du als wertfreier Mensch zur SPÖ gehen? Da gehst du dorthin wo es die besseren Chancen für deinen Beruf gibt. Und so rekrutieren die ihre Leute. Und wenn es dir beruflich also Vorteile bringt, klar gehst du hin.

Welche Gründe gibt es, in die Politik zu gehen?

Mediengeilheit! Darum haben ja die Politiker Entzugserscheinungen, wenn sie gehen. Du bist wichtig. Plötzlich erwarten alle etwas von Dir, das ist ja das: Ganz schnell entscheiden, andauernd am Laufenden sein, die Medien

Der ist da glücklich, wo er ist. Ein Klubobmann sollte Seriosität ausstrahlen, programmatisch auftreten können und glaubwürdig sein nach außen, wenn schon nicht nach innen. So wie es der Neisser (Klubobmann der ÖVP 1990-1994, Anm.) früher war oder der Khol (Klubobmann der ÖVP 1994-1999, 2000-2002, Anm.) auf seine Art als

Peitschenschwinger. Das hat der Cap alles nicht. Weder kann er Disziplinierungsmassnahmen setzen noch hat er Glaubwürdigkeit wenn er als Klubobmann nach außen hin auftritt. Er ist zwar lustig, aber man lässt ihn besser als

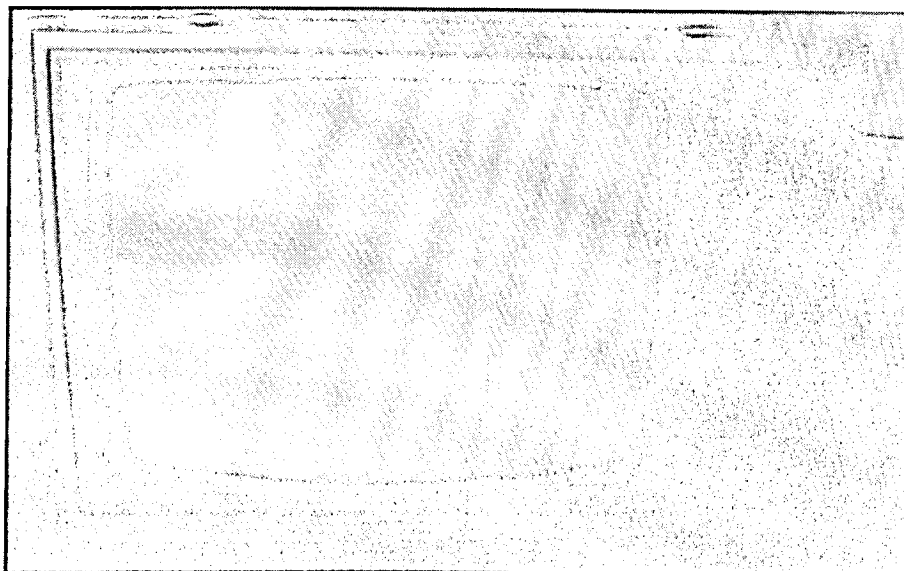
Gegenredner auftreten, wie man es gemacht hat beim Grasser, als Joker eben.

Was sagst du eigentlich zur jetzigen Besetzung der Ministerposten?

Also abgesehen vom Inhaltlichen, von den Ressorts selber, die natürlich „besser sein könnten“ ist nicht gesagt, dass die Ressorts mittelfristig schlecht sind. Ich will jetzt nicht als Gusenbauer-Beweihräucherer gelten, aber die SPÖ hat eben die Themen, die die Österreicher enorm interessieren: Schule, Bildung, Soziales, Arbeitslosigkeit. Jetzt kann man sagen: gut, das Thema Arbeit ist weg, aber mitwirken tut Buchinger trotzdem. Bei Sozialem und Bildung hat die SPÖ jetzt das große Sagen, bei Forschung und

beobachten, wer macht was, ausverhandeln. Andauernd triffst dich mit den Leuten und mauschelst wer was wann wo gemacht hat. Andauernd. Das ist dann plötzlich weg. Und alle anderen sehen, du kommst schon oft vor in der Öffentlichkeit. Du hast einen Marktwert. Mit deinem Gesicht bist du ja bekannt. Und ich würde nicht ausschließen, dass du das dann sehr wohl verwenden kannst. Auch als Konsulent oder was auch immer, auch deine Kontakte, die du knüpfen kannst. Nur den Job selber unterschätzen alle. Leute, die von der Wirtschaft kommen unterschätzen ihn voll.

Was ist mit dem Cap? Wäre der nicht auch mal bereit, oder will er nicht? (Anm.d.Red.: für einen Ministerposten) Schließlich gefällt ihm seine Rolle.



Verkehr mit dem Faymann mehr als man gedacht hat. Wer weiß, vielleicht kommt etwas Gescheites raus beim Faymann-Ressort. Und wenn man sich die jüngste Entwicklung bei der Verteidigung ansieht: vielleicht kommt mit dem Eurofighter etwas Positives für die SPÖ heraus: dass weniger Stücke bestellt, also gekauft werden müssen, oder weniger bezahlt werden müssen.

Aber stürzen sich die Medien dabei nicht auch auf jede Kleinigkeit, weil die Leute etwas hören wollen?

Bei den Eurofightern ist ja vielleicht noch was im Busch. Also da gibt es offensichtlich noch ganz andere Dinge, die nicht an die Öffentlichkeit kommen sollen und ich glaube, die kommen aber irgendwann.

Wenn man sich die Stimmung, die damals – 2001, 2002 - bei dieser Koalition vorgeherrscht hat, vergegenwärtigt. Die Stimmung war ja: Alles geht!! So wie damals Haider, Riess-Passer und Schüssel einfach Österreich umkrempeln wollten. Und zu diesem Zeitpunkt ist ja alles gegangen. Mit diesem Speed Kills, was da alles auf einmal an Unglaublichkeiten gemacht wurde, das wird jetzt langsam peu a peu bewusst und eines davon ist eben die Entscheidungsfindung für die Eurofighter.

Wäre da nicht jetzt der Zeitpunkt,

wo man wieder eine Medienaktion machen könnte? Z.B. EADS hat goldene Klodeckel für Platter bezahlt?

Naja. Da war doch die Geschichte mit Fiona. Man hat gesagt, die Frau Swarovski und der Herr Grasser werden entführt. Da haben ein paar bei mir angerufen und gesagt: Ah das ist von dir. Aber denkt einmal nach: Wer will die beiden entführen? Das ist doch – ungewollt - PR für beide. Warum soll ich so eine Geschichte erfinden? Und diesbezüglich käme ich auch nicht auf die Idee bei EADS etwas zu machen, weil da gibt es eh schon genug, und sobald eine Fälschung auftaucht, wird das andere nicht mehr ernst genommen.

Aber was kann man überhaupt noch ernst nehmen?

Ich glaube, was bei den meisten Menschen übrig bleibt, ist, dass

Wäre das dann nicht wieder ein typisches Haider-BZÖ-FPÖ-Thema, nach dem Motto „Die da oben haben...“. Obwohl sie ja selbst beteiligt waren.

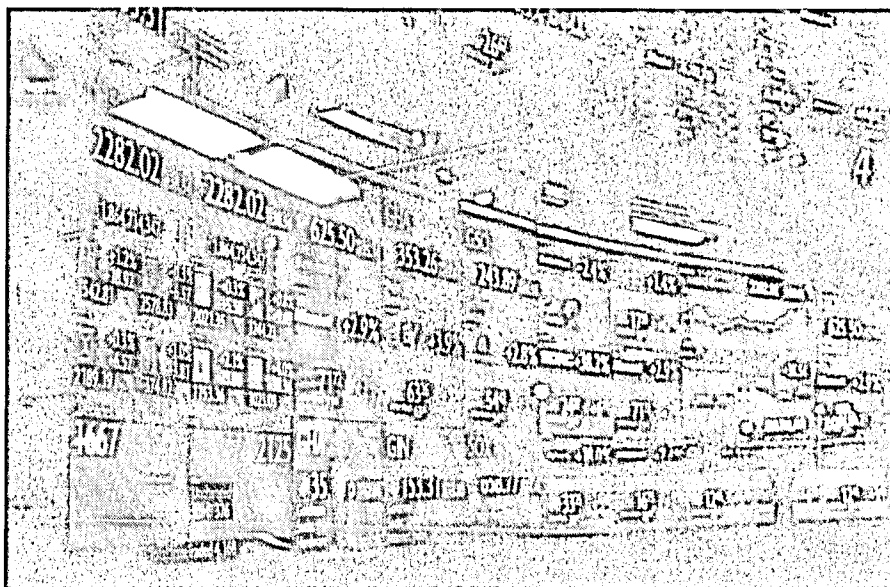
Das ist ein Phänomen das mich selber immer wieder wundert. Dass die Vergesslichkeit der Menschen so groß ist. Zum Beispiel dass Menschen, die mit dabei waren beim Aussackeln und beim Posten Verteilen, jetzt laut brüllen können: „Schweinerei“.

Im Advent zum Beispiel treffen sich immer so 35 Leute in meiner Wohnung. Und wir reden dann über Politik. Und dabei kommt raus, dass „die da oben“ „die da unten“ nicht verstehen. In Wirklichkeit sind „die da unten“ 6 Unternehmer, fünf Pensionisten, zwei Hausfrauen, viele Junge, die in prekären Arbeitsverhältnissen sind – also völlig unterschiedliche Interessensgruppen. Die Unternehmer zum Beispiel

haben gar nicht mitbekommen dass sie weniger Steuern zahlen. „Es geht eh gut in Österreich“ Die sagen: Wenn du dich anstrengst, bekommst du eh einen Job. Also völlig gaga. Völlig unterschiedliche Interessen und man redet

aneinander vorbei und einigt sich darauf dass „die da oben“ oder eben Brüssel einfach Idioten sind.

Und da bin ich mir nicht sicher, ob das in dem Ausmaß auch vor Jahrzehnten so war. Ich glaube



alle „bezahlt“ werden, dass alle Politiker korrupt sind. Bei den wenigen, die einen zweiten Gedanken drauf verwenden, bleibt über, dass bei der vorigen Regierung etwas schief gelaufen ist.

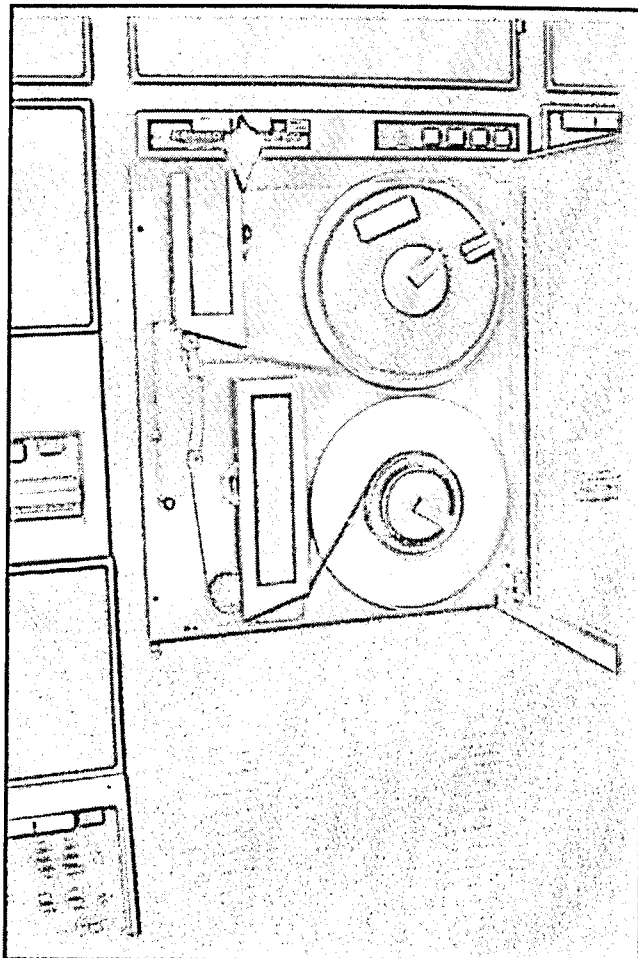
nicht. Dadurch dass es ja, auch wenn es jetzt altmodisch klingt, eine Tradition gegeben hat, zum Beispiel bei den Sozialdemokraten: Es gibt verschiedene Schichten, Gruppen und Interessen. Und die einen wollen dies und die andere das. Dieses Bewusstsein gibt es ja heute nicht mehr in der notwendigen Strukturiertheit. Das heißt, auch das Bewusstsein darüber, dass die Interessen von einer Angestellten anders sind als vom Billakonzernchef, ist ja weg.

Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht's uns allen gut?

Genau, und das ist jetzt common sense. Du kannst noch nicht wieder diesen Interessenskonflikt aufwärmen. In der alten Terminologie sowieso nicht. Aber natürlich gibt es ihn. Und für eine neue Terminologie hat sich noch nichts gefunden, außer „Globalisierung“ und „Neoliberalismus“. Es gibt ja keine Alternative, die momentan gelebt wird. Es gibt ein globalisiertes Wirtschaftssystem mit einzelnen Ausnahmen, ganz kleinen, aber die große Alternative - sei sie noch so schlecht - gibt es ja nicht.

Zurück zu deinen Aktionen, wogegen richten sich diese eigentlich?

Im weitesten Sinne natürlich gegen Populismus, aber wir wollten aufzeigen wie er funktioniert. Also, einem bekannten Populisten legt man eine offensichtliche Fälschung



vor – er ist ja nicht blöd, er hat natürlich gewusst, dass das eine Fälschung ist. Wir haben gewusst, dass – falls es jemals publik wird, dass das von uns ist – uns rechtlich nichts passieren kann, weil jeder der zwei Augen hat sieht, dass das nicht echt sein kann.

Ist Lüge ein taugliches Mittel zur Erkennung von Wahrheit?

Ich glaube nur Lüge kann die Wahrheit aufdecken, anders geht es nicht. Wobei Lüge ist ein hartes Wort. Eher Täuschung.

Nicht alle Teile des Interviews wurden autorisiert. Einige Fragen nehmen auf gestrichene Stellen Bezug.

Der Politologe Gerd Millmann war unter anderem Pressesprecher des ehemaligen Wohnbaustadtrates Werner Faymann (SPÖ) und Mitherausgeber des „Wiener Jahrbuch für Politik 2004/2005“. Als Verfasser des ominösen Briefes wurde an ihn nach dem blamablen Fernsehauftritt Peter Westenthalers durch dessen Partei Regressforderung gestellt. Parallel dazu wurde Peter Westenthaler von den Herren Ermacora und Al-Rawi auf Unterlassung der Aussage, dass der Brief echt sei, geklagt. Diese Klage wurde in erster Instanz gewonnen.

Den Fernsehauftritt Westenthalers kann mensch auch online bestaunen:

<http://www.youtube.com>
(search: westenthaler al rawi)

Die Fraktionen stellen sich vor

Zur Wahl der Universitätsvertretung der Uni Wien treten neben der Aktionsgemeinschaft, der Liste unabhängiger Studierender und einigen kleineren Gruppen die vier großen, tendenziell linken, Fraktionen GRAS, VSStÖ und KSV an, wobei sich letzterer in KSV LiLi und KSV KJÖ StudentInnen gespalten hat. Was genau aber unterscheidet diese in ihren Schwerpunkten, zentralen Anliegen und unipolitischen Vorhaben für die kommende Legislaturperiode? Eine Selbstpräsentation.

Grüne und Alternative StudentInnen

Die GRAS steht für eine linke, laute ÖH, die einen radikaleren Zugang zu Feminismus hat als alle anderen Fraktionen und für eine alternative und nachhaltige Studierendenvertretung. Wer GRAS wählt, wählt gegen Hierarchien, gegen Eliten und für Basisdemokratie. Wir geben jenen Studierenden eine Stimme, die zurzeit keine aktive Stimme haben, nämlich ausländischen Studierenden aus nicht EWR-Ländern, die derzeit doppelt so hohe Studiengebühren zahlen und ein Vermögen von 8.000.- nachweisen müssen.

Unsere zentralen Schwerpunkte sind Sozialpolitik, Feminismus, Migration und ausländische Studierende sowie Bildungspolitik.

Wir fordern das passive Wahlrecht auf allen ÖH-Ebenen für alle Studierenden unabhängig von ihrer

Staatsangehörigkeit, dass also jede/r antreten, unmittelbar partizipieren bzw. seine/ihre Interessen vertreten kann.

Weiters fordern wir geschlechtergerechte Sprache von den Lehrenden an allen Universitäten und Feminismus und Genderfragen als Querschnittsmaterie in allen Studienrichtungen.

Quotenregelung ist nur eine von vielen Möglichkeiten Frauenpolitik zu betreiben.

Wir treten gegen die Ökonomisierung von Bildung ein und stellen uns dagegen, dass Bildung immer mehr Ware und Student/innen zu Kon-

sument/innen werden.

Ein wichtiges sozialpolitisches Anliegen ist uns die Entkoppelung des Stipendienwesens vom Einkommen der Eltern und eine Erhöhung der Höchststudienbeihilfe auf die Armutsgrenze von 900.- sowie die Durchschnittsstudiendauer an-

stelle der Mindeststudiendauer als Bemessungsgrundlage für den Studienbeihilfen- und Familienbeihilfenbezug!

Mehr Zeit und Möglichkeit zum Bummelstudieren!

Nähere Informationen auf: www.gras.at



Verband Sozialistischer StudentInnen

Der VSStÖ steht für eine gerechte, demokratische Universität, die der Lebensrealität aller entspricht, unabhängig von Geschlecht, sozialer oder ethnischer Herkunft. Deshalb sind unsere wichtigsten Anliegen die Wiederöffnung des Hochschulzugangs sowie die Garantie auf soziale Absicherung aller Studierender, allem voran die Abschaffung der sozial selektiven Studiengebühren.

Die zentralen Forderungen und

Vorhaben, für die wir uns daher einsetzen, sind:

- die Erhöhung und Ausweitung der Stipendien zur finanziellen Entlastung der Studierenden
- gratis Online-Skripten als ersten Schritt zu einem progressiven Open-Course-Ware System
- lebensnahe Studienbedingungen, die allen jene Bildung ermöglichen, die sie wollen

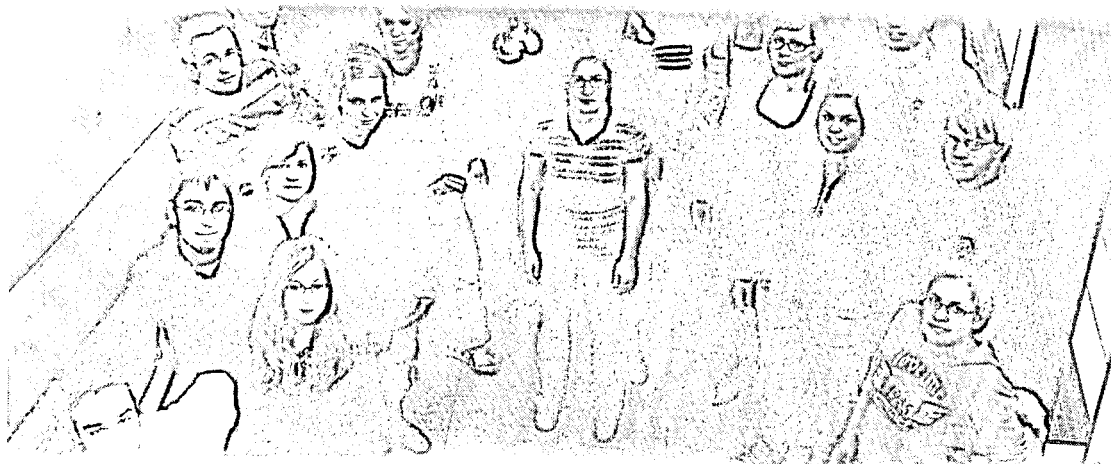
Dem VSStÖ ist wichtig, dass bei der Umsetzung dieser Maßnahmen die Bedürfnisse aller Studierenden berücksichtigt werden.

Vor allem jener, auf die das Bildungssystem zu oft vergisst: Berufstätige Studierende, Studierende aus bildungsferneren Schichten, Frauen, ausländische Studierende, HomoBiTransGenders, Studierende mit Kind und Studierende, die behindert werden.

Die Verwirklichung dieser Ziele ist nur durch das Zusammenspiel Politik und Service möglich. Service, das die Probleme beim Studieren lindert, und Politik, die diese bei der Wurzel anpackt. Dieses politische Engagement zeichnet sich sowohl durch hartnäckiges Verhandeln, als auch durch lautes

protestieren aus, das so lange passieren muss bis die Anliegen der Studierenden endlich Gehör finden.

Nähere Informationen auf:
www.vsstoe.at



Kommunistischer StudentInnenverband Linke Liste

Der KSV-LiLi steht für fortschrittliche, antikapitalistische, feministische und kreative Unipolitik.

Unsere wichtigsten Anliegen sind Chancengleichheit in Bildung und Gesellschaft unabhängig von sozialer Herkunft, Widerstand gegen den rechten Aufmarsch in der Uni und der Gesellschaft, Freiräume schaffen und gestalten, gegen Männerbünde und Marginalisierung von

Frauen in der Gesellschaft und an der Uni, Bildung selber machen – die Lehre den Lernenden!

Unsere zentralen Vorhaben sind daher: Wir fordern direkten und institutionalisierten Einfluss der Studierenden auf die Lehrinhalte (die Drittelparität muss nicht nur wieder in Kraft gesetzt werden, sondern auch auf die Bestimmung der Lehrinhalte angewandt werden)! Die Uni muss

Räume zur Verfügung stellen, die Studierende selbstverwaltet als soziale Treffpunkte ohne Konsumzwang nutzen können. Und natürlich: Weg mit den Studiengebühren - Erhöhung der Stipendien!

Dem KSV-LiLi ist wichtig, dass Studierende nicht als kleine „Wissensmonster“ gesehen werden, die außerhalb der Uni nicht existieren. Und was gerade an den Unis passiert Bildung ist nur Teil der neoliberalen Umgestaltung von Ökonomie und Gesellschaft. Uns ist daher die gesamtgesellschaftliche

chaftliche Sicht und Veränderung ein großes Anliegen.

Also, her mit dem schönen Leben: Hierarchien, Autoritäten und Patriarchat zerschlagen, feministische Praxis, radikale Demokratie und Selbstbestimmung erkämpfen. Für die freie Assoziation der

Individuen!
Vota Comunista!

Nähere Informationen auf:
www.vota-comunista.at



KSV KJÖ-StudentInnen

Der KSV („KJÖ-StudentInnen“) steht für Widerstand gegen die Unterordnung des Wissenschaftsbetriebes unter kapitalistische Wertungskriterien, die Verbindung des universitären mit dem außeruniversitären Widerstand gegen die Generalattacke des Kapitals auf jeden Lebensbereich, einen Diskussions- und Weiterentwicklungssprozess der marxistischen Theorie, das eigentlich Politische im Schattenboxkampf der NachwuchspolitikerInnen und das Aufdecken von Skandalen im Unibetrieb

Unsere wichtigsten Anliegen sind Die Repolitisierung und Demokratisierung der ÖH – für eine kämpferische Studi-Gewerkschaft statt diesem Spielplatz für Nachwuchspolitbonzen! Die Abschaffung der Studiengebühren sowie die Gleichstellung von ausländischen und inländischen, sowie weiblichen und männlichen Studierenden!

Unsere zentralen Vorhaben:

- Wir wollen das ständige ÖH-Kontrollorgan im Dienste der Studierendenschaft sein, damit die NachwuchspolitikerInnen nicht, wie sonst leider allzu oft, sich's richten können!
- Die „einfachen“ Probleme der Studis nicht außer Acht lassen: Die überfüllten Hörsäle, das entsetzliche Betreuungsverhältnis, die unzureichenden Lehrveranstaltungen, aber auch die verkehrstechnische sowie arbeits- und sozialpolitische Situation der Studierenden sind Schweinereien, die angesprochen und verändert werden müssen.
- Wir wollen einen breiten Diskussionsprozess über Alternativen zur derzeitigen Unipolitik aber auch zum System generell initiieren – das muss doch besser gehen!

Wer einen wachsamsten, widerständigen, aktiven, kritischen, von allen Parteien unabhängigen und von allen politischen Karriereleitern unbeeindruckten Studierendenverband, dessen Engagement sich nicht nur auf die Uni, ja

nicht einmal aufs österreichische Staatsgebiet beschränkt, wählen möchte, der/die muss bei der ÖH-Wahl den KSV (bzw. an der Uni Wien die KJÖ) ankreuzen! Nähere Informationen auf:
www.comunista.at



Ökonomisch Kochen

Gespart wird Zeit und Geld

Und hiermit setzen wir die spannende Serie „ökonomisch kochen“ aus dem Jahr 2004 fort, in dem wir Euch das Rezept der, in Geschmack und Zubereitung köstlich einfachen, Zwiebelsuppe vorstellten.

Heuer:

Das StudentInnen-Rezept für Gäste in der Prüfungszeit: Tagliatelle mit feiner Gorgonzola-Sauce

Mensch nehme: 250 ml Schlagobers und erhitze es leicht (Achtung Schlagobers darf nicht gekocht werden!!). Dann zerstückle man kleinweis etwa 200g Gorgonzola oder anderen Schimmelkäse und füge es dem erhitzten Schlagobers hinzu. Um dem Gericht den edlen Touch zu verleihen, empfiehlt der RBK: Heiß servieren, am besten mit Tagliatelle verdi oder Semmelknödel

von der Oma.

Und für die spontane Party am Monatsende:

Das minimalistische Erdäpfelgulasch

Mensch nehme: Ca. 2/3 Erdäpfel, sagen wir, so 2 Hände voll, und 1/3 Zwiebel (1 Hand), schäle all dies und schneide es klein. Dann in etwas Öl zuerst die Zwiebel dann die Erdäpfel braten, Majoran und Paprikapulver drauf (Achtung dann muss es schnell gehen, sonst wird der Paprika bitter) und mit wenig Essig ablöschen.

Wasser dazu, je nach Menge der restlichen Zutaten, im Zweifelsfall erst ein mal wenig und später erst mehr, und köcheln lassen bis die Erdäpfel schmackhaft sind. Dann der Trick: einige Erdäpfel mit einer Gabel zerdrücken, so ergibt sich eine dicklichere Konsistenz. Salzen und pfeffern nicht vergessen, eventuell mit Brot anrichten und ebenfalls heiß servieren!

Und für die Gourmets unter uns: Zur ganz besonderen Finesse wird das Gulasch durch Beimengung von etwas Creme Fraiche, Sauerrahm oder ähnlichem- aber auch Suppenwürfel und Chili aller Art passt gut rein!



ÖH-WAHLEN 22.-24.5.2007

notwendig! hinreichend! sinnvoll?
ÖKONOMIE IST MEHR!



DER ROTE BÖRSENKRACH

Es kandidieren für die StV VWL

Alexander Leodolter, Anna Orthofer, Christian Holzmann, Pia Kranawetter, Julian Kolm

Persönliche Erreichbarkeit

In der SCHILDBURG
Dr. Karl-Lueger Ring 1, 1010 Wien
neben Stiege 7

Journaldienste:

Di 11.00 - 12.00 und 14.00 - 15.30
Mi 12.00 - 13.00 und 16.00 - 17.30
Do 17.00 - 18.00
Fr 14.30 - 16.00

Tel: 4277-19 634

Fax: 4277-19 633

Erreichbarkeit und Infos

StV VWL

Web: www.univie.ac.at/strv-vwl
Mail: vw1@gmx.at

Der Rote Börsenkrach

Web: www.univie.ac.at/strv-vwl/rbk
Mail: vw1@gmx.at

Der Name DER ROTE BÖRSENRACH (RBK) bezeichnet nicht nur diese Zeitung, sondern ist auch der Name der BASISGRUPPE VWL an

der WIWI Fakultät, die älteste noch bestehende Basisgruppe der Uni Wien. Es gib Möglichkeiten für alle, die sich über das übliche Lehrange-

bot hinaus engagieren wollen, zum Plenum zu kommen und Ideen einzubringen.

**Plenumstermin:
Mittwoch 19h30-Schildburg**